



21.066

**Covid-19-Gesetz. Änderung
(Verlängerung
von einzelnen Bestimmungen)****Loi Covid-19. Modification
(prorogation
de certaines dispositions)***Erstrat – Premier Conseil*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 01.12.21 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.12.21 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 09.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.12.21 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.12.21 (DRINGLICHKEITSKLAUSEL - CLAUSE D'URGENCE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.21 (DRINGLICHKEITSKLAUSEL - CLAUSE D'URGENCE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.21 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Wir behandeln heute die vierte Verlängerung des Covid-19-Gesetzes vom September 2020. Diese Debatte findet zu einem etwas speziellen Zeitpunkt statt. Zum einen steigen die Infektionszahlen in der fünften Welle in einem Ausmass, das wir uns noch vor Kurzem so nicht hätten vorstellen können. Zum Glück bleiben die Hospitalisationen und vor allem die Beanspruchung der Intensivstationen vorläufig hinter der negativen Entwicklung von vor einem Jahr zurück, aber die Situation ist trotzdem besorgniserregend. Beruhigend ist die Ausgangslage nicht, weder in der Schweiz noch in den Nachbarländern.

Der andere Grund, weshalb wir einen speziellen Zeitpunkt haben, ist die Volksabstimmung am letzten Wochenende über die Verlängerung des Covid-19-Gesetzes vom letzten März. Das Abstimmungsergebnis ist mit 62 Prozent Ja-Stimmen noch positiver ausgefallen als im Juni, und dies bei einer ausserordentlich hohen Stimmbeteiligung. Das Abstimmungsergebnis kann so auch als eindruckliche Bestätigung der Politik und der Beschlüsse des Bundesrates wie auch des viel gescholtenen Bundesamtes für Gesundheit (BAG) gelesen werden, aber auch – und das möchte ich hier unterstreichen – als eine Bestätigung der Politik und der Beschlüsse des Parlamentes. Es war ja ein Referendum gegen ein Gesetz ergriffen worden und damit gegen die Beschlüsse der eidgenössischen Räte.

In diesem Zusammenhang ist auch daran zu erinnern, dass es bei der Vorlage, über die an der Urne zu entscheiden war, um sozialpolitische und wirtschaftspolitische Massnahmen ging und nicht im Wesentlichen um gesundheitspolitische Massnahmen im Zusammenhang mit der Covid-Krise. Die Räte sind mit dieser Vorlage im März doch jeweils deutlich über die Anträge des Bundesrates hinausgegangen – mit gutem Grund, wie nun auch durch diese Volksabstimmung bestätigt worden ist.

Wenn wir heute eine provisorische Zwischenbilanz der politischen Bewältigung der Krise ziehen können, dann sicher die, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Covid-19-Krise bei uns weniger schlimm waren als in anderen Ländern. Dies ist stark auch wegen der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Massnahmen der Fall, die wir hier beschlossen haben und die gerade in diesem Ausmass vor Kurzem, vor wenigen Jahren, kaum vorstellbar waren. Bestätigt hat sich auch die Logik des Epidemiengesetzes – das seinerzeit mit einem Referendumsentscheid bestätigt worden ist –, wonach die gesundheitspolizeilichen



Massnahmen Sache der Exekutive sind, während die wirtschaftlichen und

AB 2021 S 1148 / BO 2021 E 1148

sozialpolitischen Massnahmen durch den Gesetzgeber getroffen werden müssen.

Heute ist der Zeitpunkt aber noch nicht gekommen, um aus der Distanz zurückblicken zu können. Wir stehen weiterhin mitten in der Pandemie und müssen dafür sorgen, dass die nötigen Massnahmen zur Krisenbewältigung vorgekehrt werden. Genau das ist das Ziel der Vorlage, die wir heute beraten.

Verlängert werden sollen gemäss Entwurf des Bundesrates Massnahmen im Bereich der Gesundheitsversorgung sowie jene im Kultur- und im Sportbereich. Ihre SGK unterstützt bei allen vorgesehenen Massnahmen jeweils den Entwurf des Bundesrates. Schon das Vorsichtsprinzip verpflichtet uns, die Massnahmen nicht einfach auslaufen zu lassen. Vielmehr müssen wir als neuen Fixpunkt Ende 2022 anvisieren, um den Betroffenen die nötige Sicherheit zu geben. Wir hoffen, dass zum letzten Mal eine Verlängerung – diesmal bis Ende 2022 – nötig ist. Das ist aber vorläufig nur eine Hoffnung; wir wissen nicht, wie lange die Covid-19-Pandemie mit den entsprechenden Auswirkungen auf das Gesundheitswesen, aber auch auf die Wirtschaft und die Gesellschaft dauern wird.

In verschiedenen Bereichen geht die Kommission allerdings klar über die Vorschläge des Bundesrates hinaus, wie das schon bei den früheren Beratungen des Covid-19-Gesetzes immer der Fall war. Es geht hier vor allem um die Bereiche, bei denen in der Verwaltung das SECO federführend war.

Es geht zunächst um die Massnahmen bei der Arbeitslosenversicherung. Diese waren für die Bewältigung der Krise matchentscheidend. Das gilt nicht nur, aber vor allem für die Kurzarbeit. Die Kurzarbeit schlug bis Oktober 2021 mit 14,6 Milliarden Franken zu Buche. Zwar hat die Beanspruchung im Jahre 2021 stark abgenommen. Waren auf dem Höhepunkt der Krise 26 Prozent der Beschäftigten in unserem Land in Kurzarbeit, so sind es heute noch 1,2 Prozent. Die Kommission begrüsst es natürlich, wenn das Instrument der Kurzarbeit so wenig wie möglich beansprucht werden muss. Wenn es aber brennt, dann soll auf dieses bewährte Instrument zurückgegriffen werden können, anstatt dass es voreilig zu Entlassungen kommt. "Sicher ist sicher" heisst das Prinzip, solange die Pandemie nicht vorbei ist.

Das Gleiche gilt für die Institution des Schuttschirms. Umso besser, wenn es dafür – wie bisher – am Schluss keine Mittel braucht. Aber eine Grossveranstaltung wie beispielsweise die Olma in St. Gallen wäre ohne Schuttschirm nicht möglich gewesen. Die Kommission beantragt deshalb, auch Artikel 11a des Covid-19-Gesetzes bis Ende 2022 zu verlängern.

Das Gleiche gilt für die Entschädigungen bei Erwerbsausfall im Sinne von Artikel 15 des Gesetzes. Hier sollen diese Massnahmen nicht nur bei angeordneten Unterbrüchen wie nach dem Entwurf des Bundesrates, sondern auch bei massiven Einschränkungen zur Geltung kommen, wie sich das auch in der Vergangenheit bewährt hat.

Insgesamt gilt, dass wir aufgerufen sind, das uns Mögliche beizutragen, damit wir, unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft diese Pandemie ohne allzu grossen Schaden bewältigen können.

Ich bitte Sie namens Ihrer SGK, auf die Vorlage einzutreten und dieser in der Gesamtabstimmung zuzustimmen.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): Mi permetto di aggiungere qualcosa a quanto detto dal relatore della commissione. Siamo tutti coscienti della necessità, anche di fronte alla nuova situazione sanitaria, di attuare delle misure anche di tipo economico. Parlo di misure già proposte dal Consiglio federale e contenute nel suo messaggio che stiamo discutendo, ma che devono essere ancora adattate nel senso di quanto proposto dalla commissione.

Come sappiamo, i ricoveri e il tasso di occupazione dei letti nei reparti di cure intense stanno aumentando rapidamente; i ricoveri in ospedale riguardano soprattutto le persone non vaccinate. Il Consiglio federale fa bene ad insistere sull'importanza della vaccinazione, sia di base che la terza vaccinazione, la vaccinazione di richiamo. La vaccinazione deve essere affiancata da altre misure sanitarie ma anche da sostegni economici rapidi e concreti ai settori in difficoltà e alle persone più toccate dalla crisi. Quindi ben vengano anche le misure messe in consultazione ieri dal Consiglio federale.

Ciò detto, già nella seduta del mese di novembre la Commissione della sicurezza sociale e della sanità ha riconosciuto l'incertezza di fronte alla pandemia e quindi la necessità di prolungare alcune misure oltre a quanto proposto dal Consiglio federale nel suo messaggio. Le misure devono essere estese fino alla fine del 2022, se vogliamo salvaguardare posti di lavoro, evitare fallimenti e anche creare i presupposti per garantire in un certo senso misure più importanti qualora fosse necessario.



Quindi oltre a quanto contenuto nel messaggio è indispensabile, a mio parere, seguire la maggioranza commissionale sui seguenti punti: il periodo di validità della partecipazione della Confederazione ai costi non coperti degli organizzatori di eventi pubblici di importanza sovracantonale va prorogata. Finora questi mezzi messi a disposizione sono stati poco utilizzati. A dipendenza della situazione potrebbe però esservi la necessità di ricorrere a questi mezzi – se non sarà il caso, tanto meglio! L'indennità di perdita di guadagno per gli indipendenti, siamo all'articolo 15, deve essere versata fino alla fine del 2022, anche in caso di limitazione dell'attività lucrativa e non solo in caso di interruzione di tale attività. Anche i provvedimenti nell'ambito dell'indennità di disoccupazione e del lavoro ridotto vanno prorogati.

Personne ne doit être laissé seul face à la crise. La prolongation de nombreuses aides économiques jusqu'à fin 2022 est impérative. Concrètement, cela signifie prolonger les mesures extraordinaires dans l'assurance-chômage, la procédure d'annonce simplifiée, la prolongation du parapluie de protection pour les grandes manifestations intercantionales, tout comme les APG pour les indépendants indirectement touchés. Il faut maintenir les indemnités en cas de perte de revenu conformément aux dispositions actuelles de la loi Covid-19, aussi bien en cas d'interruption de l'activité professionnelle qu'en cas de réduction significative de l'activité. Cela permettra de garantir des emplois et des revenus. Nous le savons, demain le Conseil national va discuter d'autres mesures dans le cadre de l'examen de la révision de la loi Covid-19 qui vont au-delà de ce qui a été proposé par notre commission, comme notamment la prise en charge renouvelée des coûts des tests, des aides pour les cas de rigueur, l'indemnité de travail réduit à 100 pour cent pour les bas salaires, ou les aides pour le commerce itinérant. Nous aurons l'occasion de discuter de ces propositions dans la procédure d'élimination des divergences.

Si j'ai souhaité intervenir, c'est aussi pour dire quelque chose – permettez-moi, Monsieur le conseiller fédéral, de profiter de ce débat pour le faire – et réfléchir aux questions en lien avec la solidarité et l'accès au vaccin, même dans les pays les plus fragiles. La couverture vaccinale mondiale est encore trop faible pour empêcher le développement de nouveaux variants du virus qui favorisent l'émergence de nouvelles vagues de contaminations, comme on l'a vu avec la quatrième vague et, désormais, la cinquième vague, qui voit par ailleurs se diffuser le variant Omicron. L'arrivée du nouveau variant Omicron, combinée à la diffusion du variant Delta, nous montre que nous avons besoin d'une plus grande équité mondiale dans l'accès au vaccin. Des efforts doivent donc être faits dans ce sens. Je demande donc au Conseil fédéral dans quelle mesure il prévoit de faire des efforts supplémentaires. Je sais qu'il est très engagé dans le programme Covax, mais agir dans ce domaine passe aussi, de mon point de vue, par la levée des brevets sur les vaccins.

Voilà donc une des raisons, en plus des mesures que nous avons proposées, pour lesquelles j'ai demandé la parole.

Vi invito quindi ad entrare in materia su questa revisione di legge e a seguire le proposte della maggioranza. Se del caso, potremo poi completarle nell'ambito dell'appianamento delle divergenze con misure laddove ci sono ancora delle lacune evidenti.

Graf Maya (G, BL): Am vergangenen Sonntag hat die Stimmbevölkerung bei sehr hoher Stimmbeteiligung mit deutlichem Ja zum zweiten Mal dem Covid-19-Gesetz zugestimmt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben damit unsere

AB 2021 S 1149 / BO 2021 E 1149

parlamentarische Gesetzesarbeit zur Bewältigung der Pandemie bestätigt, und sie haben deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie hinter den ergriffenen Massnahmen stehen. Sie wollen, dass das Parlament mit dem Covid-19-Gesetz weiterhin das Heft in der Hand behält und im Bereich der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Massnahmen tätig bleibt. Alle diese Instrumente – ja, es sind nur Instrumente, aber wichtige, sie sind auch die Grundlage des Covid-19-Zertifikats – sind bedeutend für die Bewältigung der Pandemie.

Soeben erteilt uns diese Gesundheitskrise erneut eine Lehre. Der Pandemieverlauf hat sich leider wieder verschlechtert, und er bleibt unberechenbar. Die Pandemie kennt keine Fristen. Das Covid-19-Gesetz, über welches wir uns heute seit bald zwanzig Monaten zum wiederholten Mal beugen, hat aber Fristen – und einige, die meisten von ihnen, laufen Ende Jahr aus. Eine Verlängerung ist also dringend nötig, und zwar über die Bereiche hinaus, die der Bundesrat bereits vorschlägt. Dieses Sicherheitsnetz zur Abfederung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Folgen muss aufgespannt bleiben. Es muss hoffentlich nicht immer gebraucht werden, aber das aufgespannte Netz muss bleiben. Das gibt auch Sicherheit, und es gibt Vertrauen, nicht nur in unsere demokratischen Institutionen, sondern auch gegenüber der Gesellschaft, die in dieser Pandemie – zusammen mit dem Bundesrat, unserem Parlament und der Wirtschaft – sehr gefordert ist.

Ich möchte Ihnen daher gerne beantragen, dass Sie heute der Mehrheit der Kommission folgen und der Ver-



längerung der Covid-Massnahmen zustimmen. Ich denke dabei insbesondere an den Schutzschirm für Publikumsanlässe, wo es um Entschädigungen aufgrund des Erwerbsausfalls geht, und an die Arbeitslosenkasse im Zusammenhang mit der Verlängerung der Massnahmen für die Kurzarbeit – dort besonders auch zum Schutz besonders gefährdeter Arbeitnehmender.

Ich werde auch den Einzelantrag Minder unterstützen, der bei Artikel 2, wo es um Massnahmen bei den politischen Rechten geht, ebenfalls eine Verlängerung um ein Jahr fordert.

Wir tun gut daran, dieses Netz heute aufgespannt zu halten. Denn wir wissen nicht, wohin alles führt. Es ist aber gut, dass wir dieses Covid-19-Gesetz haben und diese Verlängerungen noch in dieser Session beschliessen können.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen, natürlich auf den Gesetzentwurf einzutreten und hier mit unserer wichtigen Gesetzesarbeit weiterzufahren.

Germann Hannes (V, SH): Natürlich haben wir das Abstimmungsergebnis mit Erleichterung zur Kenntnis genommen, die einen vielleicht auch mit Verärgerung. Aber hier im Saal darf man doch sagen, dass die letzte Vorlage ja einstimmig angenommen worden ist. Insofern gehe ich davon aus, dass wir auch erleichtert darüber sein dürfen und uns in unserem massvollen Kurs bestärkt fühlen können.

Nun gehe ich nicht im Detail auf die Verlängerungsmassnahmen ein. Diese sind ja hinlänglich bekannt. Ohnehin werden wir fast von Tag zu Tag, mindestens aber von Woche zu Woche, wieder von neuen Entwicklungen beeinflusst und gedrängt, das eine zu tun oder das andere zu lassen. Was aber bleibt: Es ist eine Grauzone, in der wir uns bewegen. Sind wir nun in der ausserordentlichen Lage, oder sind wir in der besonderen Lage? Egal, das Covid-19-Gesetz hat Ermächtigungscharakter. Man muss das so sagen, denn es sind sehr viele Delegationsnormen darin enthalten, die dem Bundesrat dann doch auch die von ihm gewünschten Kompetenzen geben und die auch sehr weit in die Rechte der Individuen eingreifen. Dies geschieht nicht nur bezüglich Ausübung der politischen Tätigkeit, sondern auch bezüglich Arbeit: Wie darf ich zur Arbeit, darf ich überhaupt noch am Arbeitsplatz sein, oder muss ich in Zukunft zuhause bleiben? Das sind jetzt die neuen Diskussionen, die wieder in die Vernehmlassung gehen.

In diesem Sinne richte ich eben den Blick lieber nach vorne. Wenn ich das alles anschau und in Erwägung ziehe, dann sehe ich, dass es doch sehr viel Sprengpotenzial enthält – auch politisches. Wir haben ja gesagt, wir wollen dieses Covid-19-Gesetz nicht als Stillhalteabkommen bis nach der Abstimmung verstanden wissen, sondern wir sind auch jetzt verpflichtet, das Bestmögliche für Land und Leute zu tun, auch für unsere Wirtschaft, für Arbeitnehmende, für das Spitalpflegepersonal, aber auch für Schulen, für Kinder und für Jugendliche, die ihre Lehre machen. Sie sollen alle möglichst ungehindert ihre Arbeit tun können.

Nun, es ist und bleibt ein Sondergesetz, welches das eidgenössische Epidemien Gesetz und kantonale Erlasse ergänzt. Ich meine, und darauf will ich hinaus, wir sind gut beraten, wenn wir Zurückhaltung üben und bei einem Ermächtigungsgesetz nicht einfach eine Carte blanche bis in fast alle Ewigkeit erteilen. Darum mache ich Ihnen beliebt, die Verlängerung generell nur bis zum 30. Juni 2022 zu genehmigen. Herr Würth hat diesen Antrag bereits in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur gestellt. Es ging dort um Ziffer II Absätze 1 und 2 gemäss dem Entwurf des Bundesrates. Wir werden sehen, ob wir eine Mehrheit finden. Kollege Stark hat meines Wissens einen Einzelantrag eingereicht. Wir können die Diskussion dort führen. Wir haben sie, wie gesagt, in der Kommission auch geführt, sind dann bei 8 zu 4 Stimmen unterlegen und haben auf die Einreichung eines Minderheitsantrages verzichtet. Mit Blick auf die sich abzeichnende Entwicklung mache ich Ihnen aber beliebt, auf diesen Entscheid zurückzukommen und zumindest darüber zu befinden, wie lange wir dem Bundesrat Carte blanche geben wollen. Ich finde, dazu sind wir auch gegenüber der Bevölkerung und den gegenüber diesem Gesetz skeptischen Stimmen verpflichtet.

Je nach Verlauf der Diskussion werde ich das Wort beim entsprechenden Antrag nochmals ergreifen. Ich denke aber, das können auch andere machen. Wir waren in der Kommission bei 8 zu 4 Stimmen unterlegen. Ich danke Ihnen, wenn Sie dort ein Signal setzen, dass wir uns eben nicht ewig im Kreis drehen wollen. Ich bin überzeugt, Covid-19 wird bleiben und uns noch lange begleiten. Es kann doch nicht sein, dass wir uns dann Jahr für Jahr wieder in demselben Kreis drehen. Irgendwann müssen wir es wagen, Covid-19, dieses neuartige Virus, als das zu akzeptieren, was es ist: ein Virus, das zu schweren Krankheitsverläufen führen kann; wir sprechen ja nachher auch noch über Long Covid. In diesem Sinne meine ich, wir können uns ja nicht einfach verstecken und in alle Ewigkeit mit Geld Löcher stopfen.

Das sind einfach meine Bedenken, die ich habe. Wir können die Leute in ihrer Bewegungsfreiheit auch nicht ewig einschränken. Sie akzeptieren das, wenn es gut begründet ist, für eine befristete Zeit, aber nachher müssen wir wohl oder übel mit diesem Virus leben.

In diesem Sinne votiere ich dafür, dass wir vor lauter Ängstlichkeit nicht über das Ziel hinausschiessen.



Dittli Josef (RL, UR): Ich bin eigentlich auch nach wie vor der Auffassung, dass grundsätzlich der rasche Ausstieg aus den im Covid-Gesetz festgehaltenen Massnahmen angestrebt werden soll. Das soll die Devise sein. Ich glaube auch, dass die Ausgangslage dieses Jahr nicht mehr die gleiche ist, wie sie letztes Jahr war. All die Möglichkeiten von Impfung, Durchimpfung, Booster, mit allem Drum und Dran, schaffen eine andere Ausgangslage. Es bleibt zu hoffen, dass die Impfstrategie des Bundesrates noch so weit fortgesetzt werden kann, dass dann tatsächlich auch weite Teile der Bevölkerung geimpft sind und damit einen natürlichen Schutz gegen dieses unberechenbare Virus haben.

Ich glaube, der Bundesrat hat auch richtig gehandelt, indem er jetzt aufgrund der Situation versucht, in jenen Punkten eine Verlängerung anzustreben, die notwendig sind, um der aktuellen Situation Herr und Meister zu sein. Denn dieses Virus wird uns halt – so leid es uns tut – auch 2022, im nächsten Jahr, noch weiter intensiv beschäftigen. Wer hätte heute vor einer Woche gedacht, dass wir plötzlich wieder in so einem Krisenmodus sind, mit dieser Virusmutation? Das wünschen wir uns alle nicht. Gerade deshalb ist es richtig, dass wir vereinzelte Massnahmen – nicht das ganze Gesetz – dort weiterführen, wo es notwendig ist, um das Leben unserer Gesellschaft entsprechend auf einem guten, akzeptablen Stand halten zu können.

Ich glaube, auch die Kommission kommt mit guten Anträgen daher, mit denen sie dem Bundesrat in wenigen Bereichen

AB 2021 S 1150 / BO 2021 E 1150

die Instrumente in die Hand geben will, damit er rasch und angemessen handeln kann. Es geht in vielen Bereichen ja auch um eine Kann-Formulierung. Der Bundesrat kann dann, je nach Situation, abwägen, ob er in einer Situation davon Gebrauch machen will oder nicht.

Die Frage der Terminierung haben wir auch in der Kommission besprochen. Wäre es nicht gescheiter, alles auf Ende Juni des nächsten Jahres zu beschränken? Aber ich kann Ihnen garantieren, wir würden in diesem Fall dann in der Sommersession sicher wieder die gleiche Diskussion über irgendwelche Massnahmen führen, gerade was die Verlängerung z. B. dieser Schuttschirmmassnahmen betrifft; dort geht es ja nicht zuletzt auch um diese Festivals.

Diese brauchen jetzt Planungssicherheit. Sie wollen wissen, ob man das Festival in Gampel durchführen kann oder nicht. Wenn man das erst im Sommer diskutiert, dann ist davon auszugehen, dass wieder vorher die Segel gestrichen werden.

In diesem Sinne glaube ich – auch wenn ich am Anfang in der Kommission grosse Sympathie dafür hatte, diese Vorlage auf Ende Juni 2022 zu beschränken –, dass es unter Berücksichtigung des Gesamtrahmens richtig ist, diese Massnahmen grundsätzlich um ein Jahr zu verlängern, mit Ausnahme von jenen, bei denen der Bundesrat selber eine kürzere Frist anberaumt. Deshalb schlage auch ich vor, hier einzutreten und den Anträgen der Kommission zu folgen. Ich bin zwar bei einer Massnahme in der Minderheit, aber das werden wir dann noch hören. Insbesondere liegt mir auch am Herzen, die Arbeitslosenversicherungsmassnahmen bei Artikel 17 verlängern zu können. Ich werde mich dort dann noch einmal zu Wort melden.

Juillard Charles (M-E, JU): Je crois que beaucoup de choses ont été dites. J'aimerais donner une appréciation qui est sans doute différente de celle que j'aurais pu faire il y a une semaine, mais c'est justement le propre de la situation dans laquelle nous vivons. Nous sommes dans une situation incertaine, une situation difficile, une situation qui peut empirer d'un jour à l'autre. On le voit avec la virulence du nouveau variant et sa propagation extrêmement rapide.

Jusqu'à aujourd'hui, nous avons, à mon avis, fait ce que nous devons faire. Nous avons aidé là où il fallait aider, nous avons ouvert la bourse de l'Etat pour venir en aide financièrement lorsque c'était nécessaire. Je crois que nous ne sommes pas encore sortis de cette situation, c'est la raison pour laquelle nous devons nous prononcer sur cette modification de la loi aujourd'hui.

J'aimerais simplement m'arrêter sur la problématique de la prolongation possible des aides, ou plutôt la possibilité qui est offerte au Conseil fédéral de prolonger les aides. Jusqu'à quand? Jusqu'au 30 juin 2022? Jusqu'au 31 décembre 2022? Personnellement, je crois qu'il serait beaucoup plus simple de fixer d'emblée le 31 décembre 2022, sachant qu'il s'agit d'une possibilité offerte au Conseil fédéral, qu'il doit agir en concertation avec les cantons – c'est aussi une mesure qui a été introduite dans la loi, le Conseil fédéral doit apprécier la situation en associant encore davantage l'avis des cantons. Dans ce cadre, je pense que décider d'emblée de prolonger la totalité de ces aides jusqu'au 31 décembre 2022 donne de la visibilité, donne de la confiance. Beaucoup d'aides sont prévues, mais il y en a quelques-unes qui sont oubliées. Je pense en particulier aux cas de rigueur dans le domaine des entreprises qui n'ont pas été prévus dans la révision par notre commission. J'ai vu que la commission du Conseil national, par contre, les reprenait, du moins la majorité de la commission.



J'espère que celle-ci sera suivie. Je n'ai pas formulé de proposition aujourd'hui, mais je pense, comme beaucoup ici dans cet hémicycle, que lors de la procédure d'élimination des divergences avec le Conseil national, ces mesures devraient simplement être prolongées jusqu'au 31 décembre 2022, pour toutes les raisons que j'ai indiquées.

Et puis, ainsi, nous en reparlerons au mois de décembre de l'année prochaine, sans doute, au lieu d'en reparler en juin ou en mars. Cela va aussi nous simplifier la vie, tout en donnant la possibilité au Conseil fédéral de planifier, de prévoir, et aux entreprises de se sentir soutenues, de se sentir entendues, dans cette situation particulièrement difficile.

Berset Alain, conseiller fédéral: Avant de dire quelques mots sur la prorogation de certaines dispositions de la loi Covid-19, permettez-moi d'aborder la situation actuelle, puisqu'on voit qu'elle change, M. Juillard vient de le rappeler. La situation présente une augmentation importante du nombre de cas. Il faut s'attendre à ce que dès aujourd'hui ou dans les prochains jours le plus haut niveau du nombre de cas journaliers jamais atteint dans cette pandémie dans notre pays soit atteint. On doit s'attendre à plus de 10 000 cas. Mais il est vrai que l'on ne peut pas comparer cela avec ce que l'on avait il y a une année. La situation est différente. Nous avons la vaccination, nous avons une immunité dans la population qui a beaucoup progressé. Ce sont des éléments positifs. Parmi les éléments négatifs, nous avons un virus qui est aujourd'hui beaucoup plus contagieux que celui qui circulait il y a une année – c'est un élément négatif qu'il faut prendre en compte. La situation paraît donc similaire, mais est différente. C'est tout l'enjeu et la difficulté d'une telle situation dans laquelle chaque jour, chaque semaine, les choses changent, avec des développements que l'on savait possibles, mais qui, lorsqu'ils se produisent, ont des conséquences importantes. On peut penser ici – même si l'on n'en sait pas grand-chose – à l'arrivée de ce nouveau variant.

En deux mots, que sait-on de ce variant Omicron? Pas grand-chose en réalité pour l'instant, si ce n'est qu'il s'agit d'une variation très importante par rapport au virus actuel. C'est donc un grand saut en matière de mutation, le saut le plus important qu'on ait vu depuis le début. Cela pourrait créer des difficultés, je parle au conditionnel parce que l'on n'en sait rien. Le variant a des probabilités assez élevées de créer des difficultés vis-à-vis de l'immunité que nous avons déjà acquise, soit par la guérison, soit par la vaccination. On ne sait pas à quel niveau cela posera problème. Ce ne sera pas la même chose si cela crée un problème face à l'immunité, face aux développements de maladies plus graves, face aux hospitalisations aux soins intensifs, ou simplement face à un affaiblissement contre la "Ansteckung", le fait de s'infecter – ce qui serait moins problématique et moins grave, même si cela permettait une plus grande circulation du virus.

On ne sait donc pas, mais on imagine qu'il faut s'attendre à une certaine évasion de l'immunité acquise. Il semblerait que ce variant, ce n'est pas une surprise, soit très contagieux. Par contre, on ne sait pas ce qu'il crée comme maladies et comme problèmes. On s'attendrait en général à ce que les virus deviennent de plus en plus contagieux et de moins en moins graves dans leurs développements. Mais il est vrai que le variant Delta a été beaucoup plus contagieux qu'Alpha et a conduit plus souvent les gens à l'hôpital. Il n'y a donc pas non plus de règle claire qui dit comment cela se développe, il y a des surprises. C'est la nature, mais on doit faire avec cette réalité.

Dans ce cadre, vous avez vu que le Conseil fédéral a proposé hier une consultation – d'ailleurs votre commission y sera confrontée cet après-midi – sur le renforcement de quelques mesures sur le plan national. Elles sont beaucoup plus modérées que celles que l'on trouve dans d'autres pays, même si ce n'est pas la question. On essaie de faire au mieux, de trouver un optimum dans la gestion de la pandémie, en limitant aussi peu que nécessaire la vie sociale et économique dans notre pays.

Les mesures – pour répondre à l'intervention de M. Germann – annoncées hier ne se basent pas du tout sur la loi Covid-19. Elles se basent exclusivement sur la loi sur les épidémies. Le combat contre la pandémie se base sur la loi sur les épidémies. On a tous les éléments pour le faire. Cette loi a été acceptée par le peuple en 2013, et il est intéressant de le relever, aussi à environ 60 pour cent des voix. On est donc toujours avec ce taux de 60 pour cent en ce qui concerne les questions de pandémie. Depuis, cette loi est en vigueur et elle permet de combattre la pandémie.

La loi Covid-19 a un autre but, celui de corriger les effets négatifs sur le plan économique et social. C'est autre chose. On s'est rendu compte, avec vous, au début de la pandémie, que

AB 2021 S 1151 / BO 2021 E 1151

ce volet – et c'est assez logique – ne faisait pas partie de la loi sur les épidémies, mais était néanmoins nécessaire pour corriger les effets négatifs engendrés par une telle situation. C'est la raison pour laquelle cette loi a été élaborée.



J'aborde maintenant la loi pour laquelle on propose une prorogation. C'est la loi qui a déjà été soumise deux fois en six mois, dans différentes versions, à des référendums. Dimanche dernier encore, elle a été soutenue par 62 pour cent des voix, avec une participation très élevée de 65 pour cent, ce qui est assez rare. Je crois que c'est la quatrième plus haute participation depuis longtemps, depuis, je pense, l'introduction du droit de vote des femmes, en 1971. Cela donne donc une très forte légitimité à ce texte, qui a été adopté et corrigé régulièrement par le Parlement. Dans la mesure où tout est toujours très lié au principe de proportionnalité, le Parlement a toujours limité les effets de la loi au strict nécessaire, en fixant un délai au 31 décembre 2021, pour l'essentiel des dispositions, certaines étant valables jusqu'au 31 décembre 2022.

Mais il faut bien voir qu'au moment où la loi a été élaborée et décidée, personne n'imaginait que l'on ait bientôt, au début décembre 2021, le plus haut nombre de cas qu'on ait jamais eu dans notre pays, avec des hospitalisations qui ont repris l'ascenseur. Les hospitalisations, selon les chiffres de ce matin, se montent à environ 100 par jour en moyenne sur sept jours. C'est un doublement par rapport à la situation d'il y a deux semaines. Nous avons aujourd'hui environ 220–230 patients Covid en soins intensifs, ce qui représente un tiers de la capacité des soins intensifs.

Ce n'est pas dramatique, mais enfin c'est une situation qui doit inciter à faire preuve de beaucoup de prudence. Nous n'imaginions pas, vous n'imaginiez pas non plus en votant la loi, que nous serions dans cette situation en décembre 2021. En étant un peu trop optimistes, nous espérions en être déjà sortis, ce qui n'est pas le cas aujourd'hui, et encore moins avec les risques que peuvent représenter les nouveaux variants, même si nous n'en savons pour l'instant pas grand-chose.

Le projet du Conseil fédéral a pour objectif de prolonger l'application d'une série de mesures au-delà du 31 décembre 2021. Sur le plan politique, nous avons une logique d'année civile, du 1er janvier au 31 décembre; sur le plan viral, la logique est saisonnière, été/hiver. Cela ne va pas très bien ensemble. Considérer que le 31 décembre 2021 ce sera terminé ne marche pas, parce que nous serons probablement au milieu d'une situation difficile. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral propose la prolongation d'un an d'une partie des mesures.

Pour l'essentiel, il s'agit de mesures dans le domaine de la santé, qui seront poursuivies à une exception, et de mesures de soutien aux personnes et aux entreprises, notamment dans le domaine de la protection des travailleurs, dans les domaines du sport et de la culture.

La prorogation poursuit les objectifs suivants:

1. assurer l'approvisionnement en produits médicaux;
2. poursuivre et développer la stratégie de dépistage – on voit que c'est très important dans la situation actuelle;
3. avoir des instruments de lutte contre l'épidémie qui continuent à être mis en oeuvre, dans la mesure où ils ne relèvent pas, comme je le disais tout à l'heure, de la loi sur les épidémies;
4. disposer d'instruments afin de lutter contre les conséquences économiques de la crise, notamment dans le domaine du sport et de la culture, au moyen d'indemnisations;
5. avoir les bases légales également dans le domaine de l'asile.

Je ne vais pas trop aller dans les détails maintenant. Mais, dans le domaine de la santé, je rappelle qu'il est important pour nous que des dispositions permettent d'introduire en Suisse des médicaments efficaces contre le Covid-19 qui ne seraient pas encore formellement autorisés.

Nous devons pouvoir être réactifs et décider rapidement. Les directives sur l'accès au lieu de travail ont permis de protéger les travailleurs, spécialement les personnes particulièrement vulnérables. Dans le domaine culturel, les indemnités allouées et le soutien accordé doivent pouvoir se poursuivre. Ces mesures ont bien fonctionné durant l'année écoulée. L'objectif est évidemment d'éviter une déstructuration ou une défiguration à long terme du paysage culturel suisse et de préserver la diversité culturelle. Les acteurs culturels n'ont rien fait de faux, ils sont simplement confrontés comme vous et nous à cette situation. Pareil dans le domaine du sport. Le Conseil fédéral a proposé, vous l'avez vu, de ne pas prolonger une série de mesures dans le domaine économique, avec la stratégie de transition qui était souhaitée. Nous avons fixé cette ligne le 27 octobre dernier. C'était donc naturellement une situation différente de celle qui prévaut aujourd'hui. Cela dit, il nous semble qu'il y a un large éventail d'instruments ordinaires qui ont fait leurs preuves, qui sont disponibles et qui doivent pouvoir jouer dans ce cadre. C'est la raison pour laquelle nous avons proposé de ne pas prolonger ces mesures.

J'ai pris connaissance – et le rapporteur de la commission l'a rappelé – des délibérations de votre commission quant à la prolongation de certains éléments que le Conseil fédéral ne souhaite pas prolonger. Cela fait naturellement partie du débat politique. Je m'opposerai à ces prolongations. Cela dit, j'ai pris note que, pour certaines prolongations, les deux commissions semblaient aller dans cette direction. C'est à vous qu'il appartient d'en décider.



Pour terminer, je vous dirai que cette situation continue d'être caractérisée par une assez grande incertitude et par la nécessité d'une très grande flexibilité non seulement pour toute la population, pour les entreprises et pour la société, mais aussi sur le plan politique. Ce que nous avons appris en pratique depuis deux ans – et que l'on connaissait déjà auparavant en théorie –, c'est que l'on ne sait simplement pas ce qui va arriver. La meilleure des choses que l'on puisse faire dans un cadre comme celui-là, c'est de garder la tête froide et une certaine flexibilité, et d'essayer de répondre de la manière la plus efficace possible aux défis et aux questions qui se posent au moment où ils se posent. C'est cela que l'on essaie de faire. Dans ce cadre, le fait d'avoir une base légale permettant d'agir si cela est nécessaire – M. Juillard le disait tout à l'heure – nous paraît effectivement extrêmement important.

Il y a eu une remarque de Mme Carobbio Guscetti sur l'accès international aux vaccins, j'aimerais y revenir et vous dire à ce sujet que la situation actuelle et l'apparition du variant Omicron nous rappellent – et vous avez raison de le mentionner – que la pandémie ne sera pas terminée chez nous avant qu'elle le soit partout. C'est cela qu'il faut se rappeler: nous n'aurons pas terminé avec la pandémie dans notre pays avant qu'elle soit sous contrôle dans le monde entier, qui est aujourd'hui extrêmement interconnecté, avec beaucoup de contacts et de voyages. C'est la raison pour laquelle nous sommes très engagés sur le plan international, notamment multilatéral, avec l'OMS. Vous savez que cette dernière tient cette semaine – depuis hier – une session extraordinaire de l'Assemblée mondiale de la santé. Elle se déroule depuis hier. J'ai eu l'occasion, hier, de l'ouvrir. C'est une assemblée durant laquelle des travaux extrêmement importants sont attendus, avec notamment le traité sur les pandémies, et la coordination et la collaboration internationales sur ce plan.

Dans ce cadre, nous collaborons également à Covax. Covax, vous le savez, a connu des difficultés durant l'année 2021. C'est un mécanisme extrêmement ambitieux, qui est difficile à faire fonctionner. La Suisse a été très tôt engagée dans Covax. Nous continuons de le faire, notamment pour ce qui concerne la mise à disposition de vaccins pour la planète entière. On savait que 2021 ne permettrait pas d'atteindre cet objectif; 2022 doit le permettre, avec des vaccins potentiellement aussi adaptés aux variants qui pourraient apparaître, surtout s'ils sont considérés comme préoccupants.

Voilà ce que je peux dire sur le sujet, en vous invitant, au nom du Conseil fédéral, à entrer en matière sur le projet.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

AB 2021 S 1152 / BO 2021 E 1152

Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie

Loi fédérale sur les bases légales des ordonnances du Conseil fédéral visant à surmonter l'épidémie de Covid-19

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1a Abs. 2

Antrag der Mehrheit

Unverändert

*Antrag der Minderheit*

(Germann, Gapany, Häberli-Koller)

... aufzuheben. Angemessene Schutzkonzepte sind möglich, sofern sie für die Sicherstellung der Kapazitäten im Gesundheitsbereich erforderlich sind.

Art. 1a al. 2*Proposition de la majorité*

Inchangé

Proposition de la minorité

(Germann, Gapany, Häberli-Koller)

... être levées. Des plans de protection appropriés sont possibles, pour autant qu'ils soient nécessaires pour garantir les capacités dans le domaine de la santé.

Germann Hannes (V, SH): Ich verzichte auf eine Begründung des Minderheitsantrages, weil ich vorhin schon dazu gesprochen habe. Ich bitte Sie, sich zuerst die Begründung der Mehrheit anzuhören, danach kann ich allenfalls noch etwas anfügen.

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Ja gut, wenn der Antragsteller seinen Minderheitsantrag nicht begründet: Wir sind auf Seite 2 der deutschen Fahne. Die Minderheit Germann möchte eine neue Formulierung wählen, die das Verhältnismässigkeitsprinzip interpretiert und es somit eigentlich verschlechtert. Eine klare Kommissionsmehrheit war der Meinung, dass wir bei der heutigen Formulierung bezüglich Verhältnismässigkeit bleiben sollten. Bei den Anträgen auf Seite 2 der ordentlichen Fahne geht es, wie ich vorhin gesagt habe, um die Frage der Verhältnismässigkeit. Es gibt unter dem Gesichtspunkt der Praktikabilität nichts, was es hier rechtfertigen könnte, von den bewährten Prinzipien der Interpretation dieses Rechtsbegriffs abzuweichen und diesen einzuschränken.

Die klare Kommissionsmehrheit teilt die Meinung des Bundesrates und beantragt Ihnen, bei der heutigen Fassung zu bleiben.

Stöckli Hans (S, BE): Ich hätte gerne eine Frage an Herrn Bundesrat Berset betreffend die Bedeutung von Artikel 1a Absatz 2 gestellt. Dort steht nämlich, dass Massnahmen ergriffen werden können, solange die Bevölkerung nicht ausreichend geimpft ist. Ich wäre froh, wenn Sie konkretisieren könnten, wie die damalige, von uns eingebrachte Bedingung vom Bundesrat interpretiert wird.

Denn, und das ist meine Antwort an Kollege Germann, wir geben dem Bundesrat eben keine Carte blanche. Die Bedingungen, gemäss welchen er die Massnahmen aufheben muss, sind hier im Gesetz definiert. Es geht nur darum, dass man die Definition nicht auf die Kapazitäten im Gesundheitsbereich einschränkt, sondern dass man sie generell hält und dass Schutzkonzepte möglich sind, sofern sie verhältnismässig sind. Meiner Meinung nach ist die Definition der Bedingungen, die wir bei der Erarbeitung des Gesetzes gemacht haben, nach wie vor ausreichend und muss nicht allein auf die Kapazitäten im Gesundheitsbereich eingeschränkt werden. Dementsprechend bitte ich Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Ich wäre froh, wenn Bundesrat Berset noch Ausführungen machen würde, wie der Bundesrat Artikel 1a Absatz 1, aber insbesondere auch Absatz 2 auslegt und weshalb er die Carte blanche nicht in den Händen hält und sie eben nicht mehr gezogen werden kann.

Germann Hannes (V, SH): Es ist dies ein Antrag meiner Person, der eigentlich ursprünglich in der WBK eingebracht worden war. Wir hatten Bedenken, dass die Massnahmen leichtfertig wieder auf alle möglichen Aktivitäten in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit ausgedehnt werden könnten, und wollten als Mass der Dinge die Kapazitäten im Gesundheitsbereich speziell hervorgehoben wissen.

Im Übrigen – das müssen Sie selber entscheiden – können wir natürlich alle Vorsichtsmassnahmen ad infinitum walten lassen, aber eigentlich sind es die Kapazitäten im Gesundheitswesen, die bei uns die Warnlampen aufleuchten lassen müssten. Insofern fände ich gerade die Auslastung beispielsweise der Intensivbetten einen guten Hinweis. Das haben wir in der Kommission diskutiert, und entsprechend habe ich diesen Antrag gestellt. Die Mitglieder aus der WBK haben zugestimmt – ich danke den beiden Mitunterzeichnerinnen dafür –, aber letztlich wollte die Mehrheit der SGK von dieser Einschränkung für den Bundesrat nichts wissen.

Ich meine nicht einmal, dass der Bundesrat dadurch gross eingeschränkt wäre. Es ist ohnehin das einzig zuverlässige Merkmal, das wir haben, ansonsten sprechen wir ja stets über Dinge, von denen wir noch nichts wissen, wie beispielsweise über diese neue Variante, von welcher wir nur wissen, dass sie gefährlich ist und



dass wir im Alphabet weiter fortgeschritten sind. Dagegen haben wir ein richtig grosses Problem, wenn unsere Intensivbetten besetzt sind. Mit diesem Antrag wollten wir bloss sagen, dass man die Einschätzung der Situation danach ausrichten könnte.

Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Antrag der Minderheit zustimmen.

Berset Alain, conseiller fédéral: J'aimerais vous inviter à suivre la majorité de votre commission, et je vais maintenant vous dire pourquoi.

Les plans de protection, dans les entreprises, au Parlement ou ailleurs, ont évidemment pour objectif d'être proportionnés et de protéger les personnes concernées dans l'endroit où on se trouve. C'est cela, l'objectif des plans de protection: il faut qu'ils soient proportionnés, oui, mais ils doivent protéger les personnes et réduire le risque d'infection à l'endroit où on se trouve. Si l'on modifiait cet élément pour dire que les plans de protection ne doivent plus servir que les capacités dans le domaine de la santé, comment voudriez-vous les interpréter? Quelle serait la question qui se poserait au Parlement s'il devait constater que les hôpitaux sont débordés et qu'il était contraint d'adapter les plans de protection au Parlement à la capacité hospitalière? Je dis cela car les plans de protection protègent indirectement les capacités hospitalières, parce qu'ils permettent de réduire le risque d'infection dans un lieu donné. C'est cela, la proportionnalité. Or, M. Germann, avec sa minorité, propose qu'on fasse un lien direct entre les plans de protection et les capacités dans le domaine de la santé, ce qui vide un peu de leur sens les concepts de protection, et on ne verrait pas très bien comment les appliquer. Qu'est-ce que signifierait concrètement cette application dès le moment où l'on voit – et c'est déjà le cas – que les capacités hospitalières arrivent à la limite? Comment voulez-vous interpréter un plan de protection dans un magasin, dans un théâtre, dans un restaurant ou au Parlement si c'est cela l'objectif? Franchement, cela nous paraît difficile, et j'aimerais vous inviter à ne pas suivre cette idée.

L'alinéa 2 est le fruit d'une proposition issue du Parlement, je crois que c'est M. le conseiller aux Etats Würth qui avait

AB 2021 S 1153 / BO 2021 E 1153

amené cette proposition qui consiste notamment à dire que lorsque la population adulte souhaitant être vaccinée a reçu une dose suffisante de vaccin, il n'y a plus lieu de maintenir des restrictions de capacité. Nous vivons très bien avec cet alinéa introduit par le Parlement. La disposition vaut et s'applique, et elle a d'ailleurs conduit le Conseil fédéral, hier, alors qu'il a proposé un renforcement de toutes une série de mesures pour lutter contre l'évolution de la situation, avec le risque inhérent à l'arrivée du nouveau variant Omicron, à proposer dans la même consultation de lever toutes les restrictions restantes pour les services religieux, pour certaines manifestations à l'extérieur, etc. Donc, la règle des deux tiers ne peut plus être maintenue sur la base de cet alinéa, et il faut donc la lever. Sur le plan épidémiologique, cela n'a pas un très grand sens, mais ma foi cela nous paraît supportable et de toute façon c'est fixé dans la loi, donc on le respecte.

Mais j'aimerais vous dire qu'il est toujours un peu difficile dans la gestion d'une situation où l'incertitude prédomine, de vouloir fixer des règles trop strictes dans le cadre légal. D'ailleurs, cette question de la limitation des restrictions pourrait poser problème durant les prochaines semaines ou prochains mois, parce que, déjà aujourd'hui, toute une série d'entreprises souhaitent le retour des restrictions de capacité pour ne pas avoir à se confronter à d'autres règles qu'elle estiment être plus problématiques. On n'a plus cette flexibilité. On a dû leur dire que ce n'est pas possible pour nous de le faire, parce que c'est fixé maintenant dans la loi. C'est maintenant ce qui vaut, on travaille avec, mais j'aimerais vraiment vous inviter à ne pas suivre la proposition de minorité, qui ferait dépendre directement les plans de protection de la situation dans les hôpitaux. Imaginez-vous simplement pour le Parlement ce que cela signifierait? Vous avez ici un plan de protection. Qu'est-ce que cela signifierait pour le fonctionnement de la maison? Est-ce la même chose pour tous les lieux, de travail, publics, semi-publics? Qu'est-ce que cela signifierait de lier les plans de protection directement au statut dans les hôpitaux? C'est pour cela que la question de la proportionnalité, fixée aussi dans la proposition que M. Würth avait déposée au printemps, nous paraît être absolument praticable et jouable. Nous vous proposons d'en rester à l'article tel que vous l'avez adopté.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 14 Stimmen
(0 Enthaltungen)

**Art. 11a Abs. 1***Antrag der Kommission*

Der Bund kann sich auf Gesuch hin an nicht gedeckten Kosten von Veranstaltern von Publikumsanlässen von überkantonaler Bedeutung zwischen dem 1. Juni 2021 und dem 31. Dezember 2022 beteiligen, die über eine kantonale Bewilligung verfügen und die im Zusammenhang mit der Bewältigung der Covid-19-Epidemie aufgrund behördlicher Anordnung abgesagt oder verschoben werden.

Art. 11a al. 1*Proposition de la commission*

Sur demande, la Confédération peut prendre en charge une partie des coûts non couverts des organisateurs des manifestations publiques d'importance supracantonale se déroulant entre le 1er juin 2021 et le 31 décembre 2022, qui ont reçu une autorisation cantonale et qui ont dû être annulées ou reportées sur ordre des autorités en raison de la lutte contre l'épidémie de Covid-19.

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Es geht hier jetzt um die erste Massnahme, bei der die Kommission über den Entwurf des Bundesrates hinaus vorschlägt, die Massnahmen zu verlängern. Es geht hier um den sogenannten Schutzschirm betreffend die Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung. Wir sind der Meinung, dass dieser Schutzschirm auch im Jahre 2022 gelten soll.

Ich habe es bereits beim Eintreten gesagt: Verschiedene Veranstaltungen in diesem Jahr konnten dank dieses Schutzschirms durchgeführt werden, der auch durch Entscheide dieses Parlamentes bei der vorletzten Revision eingeführt und jetzt durch die Volksabstimmung bestätigt worden ist. Ein Beispiel dafür ist aus ostschweizerischer Sicht die Olma, ein nationales Ereignis. Beiträge mussten nachher in der Folge nicht beansprucht werden, weil der Anlass durchgeführt werden konnte; aber er konnte eben nur dank dieses Schutzschirms durchgeführt werden. Entsprechend haben wir seit der Kommissionssitzung auch von der sogenannten Eventbranche verschiedenste Interventionen erhalten, in welchen sie uns dringend auffordert, diese Massnahme wie auch die übrigen von der Kommission vorgeschlagenen Massnahmen zu treffen, damit diese Anlässe auch im nächsten Jahr möglich sind. Braucht man den Schirm nachher nicht, ist es umso besser! Aber ohne diese Sicherheitsmassnahme sind diese Anlässe nicht möglich.

In diesem Sinne bitte ich Sie, mit der Kommission diesem Antrag zuzustimmen.

Berset Alain, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral est opposé à cette proposition. Il est vrai que jusqu'ici le "Schutzschirm" a bien fonctionné. Il a permis à des manifestations de se tenir. Il a bien fonctionné, M. Rechsteiner, au nom de la commission, l'a rappelé. Je peux vous dire aussi qu'il n'a conduit à aucune indemnisation de la part de la Confédération, aucune demande ne lui est parvenue. Manifestement, il n'y a donc pas eu de cas où les conditions pour qu'une indemnisation soit prévue ont été remplies. Le Conseil fédéral pense que l'utiliser encore durant cet hiver, jusqu'à la fin du mois d'avril 2022, est une bonne idée, mais qu'on ne devrait pas le prévoir au-delà. Ceci s'inscrit dans la logique de transition que le Conseil fédéral souhaite pour les mesures de soutien économique, lorsque leur prolongation jusqu'à fin 2022 ne lui paraît pas absolument indispensable.

C'est la raison pour laquelle j'aimerais vous inviter, comme d'ailleurs la majorité des cantons, à limiter cette possibilité jusqu'à fin avril 2022 et donc à rejeter la proposition de votre commission.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Bundesrat wünscht eine Abstimmung. Er beantragt, beim geltenden Recht zu bleiben.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission ... 37 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 5 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Ausgabenbremse – Frein aux dépenses**Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 21.066/4771)

Für Annahme der Ausgabe ... 43 Stimmen

Dagegen ... 3 Stimmen

(0 Enthaltungen)



*Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise*

Art. 12a Abs. 2 Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 12a al. 2 introduction

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Es geht hier um eine Modifikation bei Absatz 2 dieser Bestimmung, die der Bundesrat beantragt und die von der Kommission unterstützt wird. Die Kommission ist mit dem Bundesrat der Meinung, dass nicht nur die Kantone Kontrollmöglichkeiten haben sollen, sondern auch das SECO bzw. der Bund, der ja auch für diese Massnahmen eintritt.

AB 2021 S 1154 / BO 2021 E 1154

Es muss kontrolliert werden. Wir wünschen ausdrücklich eine Missbrauchsbekämpfung. Missbräuche müssen verfolgt werden, geahndet werden. Das erlaubt diese Bestimmung.

Angenommen – Adopté

Art. 12b Abs. 8

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 12b al. 8

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 15 Abs. 1, 4

Antrag der Mehrheit

Unverändert

Antrag der Minderheit

(Hegglin Peter, Dittli)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 15 al. 1, 4

Proposition de la majorité

Inchangé

Proposition de la minorité

(Hegglin Peter, Dittli)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Hegglin Peter (M-E, ZG): Gestern haben wir im Rahmen des Voranschlags 2022 rund 490 Millionen Franken zusätzliche Mittel bewilligt, um den Gesetzesentwurf des Bundesrates zu finanzieren. Mit diesem Entwurf soll der Erwerbsersatz für Personen verlängert werden, die ihre Erwerbstätigkeit aufgrund von Massnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Covid-19-Pandemie unterbrechen müssen. Die Verlängerung gilt, analog zu Artikel 11a, den wir gerade vorhin beschlossen haben, bis Ende Jahr. Das gilt für die Entschädigung, wenn die Erwerbstätigkeit aufgrund von Quarantäne-Anordnungen, Kontakt-Quarantäne, aber auch aufgrund des Ausfalls der Kinderbetreuung, der Freistellung von vulnerablen Personen oder aufgrund von Betriebsschliessungen und Veranstaltungsverböten unterbrochen werden muss. Wie gesagt, schätzt der Bundesrat die Kosten für diese Massnahmen auf 490 Millionen Franken.



Der Bundesrat schränkt diesen Anspruch aber ein, indem jene Personen, die ihre Erwerbstätigkeit massgeblich einschränken müssen, nicht mehr entschädigt werden sollen. Diese Bestimmung zur Entschädigung hatten wir damals unter dem Aspekt aufgenommen, dass der Bundesrat z. B. Physiotherapeuten und Osteopathen verboten hatte, Behandlungen vorzunehmen, wenn es sich nicht um einen Notfall handelte. Er hat ihnen nicht eine Betriebsschliessung auferlegt, er hat ihnen aber Behandlungsverbote für spezifische Behandlungen auferlegt. Wir haben dann in mehreren Runden versucht, dies zu quantifizieren, und sind dabei auf eine Umsatzeinbusse von 30 Prozent gekommen. Diese Umsatzeinbusse kann die entsprechende Person aber selber deklarieren. Es ist schwierig, sie zu kontrollieren, denn es gibt dafür wenige Angaben und Möglichkeiten. Das eröffnet in irgendeinem Sinne natürlich auch gewisse Möglichkeiten für Missbräuche – Missbräuche, die, wenn es um staatliche Gelder geht, möglichst verhindert werden sollten.

Der Bundesrat zieht in diesem Fall einen Ausstieg in Betracht. Er möchte diese Sonderhilfen beschränken und zum ordentlichen wirtschaftlichen Instrumentarium zurückkommen. Ich unterstütze das, weil ich auch finde, dass der Corona-Erwerbsersatz keine allgemeine Stützungsmassnahme der Wirtschaft ist. Es sollte eben nicht über diese Massnahmen unterstützt werden. Ich finde das in diesem Sinne auch nicht ganz gerechtfertigt – dies gerade auch, nachdem wir jetzt schon zwei Jahre mit Corona unterwegs sind. Ich attestiere, dass – es wurde auch einleitend schon entsprechend gesagt – das Problem noch nicht gelöst ist. Es wird immer weitere Probleme geben. Aber ich glaube, wir haben doch schon gelernt, damit umzugehen und uns anzupassen.

Auch die Anbieter oder die Kunden haben ihre Gewohnheiten verändert. Ich meine, irgendwann sollten auch Anbieter sich den Kundenbedürfnissen anpassen. Von daher finde ich es auch nicht richtig, dass wir so weit zurückgreifen und die Berechnung dieser Ausfälle aufgrund von Geschäftsmodellen aus der Zeit von 2015 bis 2019 – das liegt ja schon relativ weit zurück – vornehmen. Es ist besser, Strukturen, die vielleicht nicht mehr nachgefragt sind, anzupassen, innovativer zu sein. Die Unternehmen sollten auch eine gewisse Flexibilität an den Tag legen. Gerade angesichts des ausgeprägten Fachkräftemangels meine ich, dass es eben richtig ist, diese Einschränkung vorzunehmen. Wenn es wirklich zu Schliessungen kommt, dann soll der Staat Entschädigungen zahlen. Wenn es aber halt einfach Veränderungen bei der Nachfrage gibt, dann sind, so meine ich, eben auch die Anbieter gefordert, entsprechend darauf zu reagieren.

Wenn ich dann zum Schluss noch die finanziellen Auswirkungen betrachte, dann ist festzuhalten, dass es ganz, ganz schwierig ist, diese zu schätzen. Wie mir Mitarbeitende des BSV gesagt haben, dürfte es sich um weit über 1 Milliarde Franken handeln. Das sind dann doch substantielle Beträge, die mit dieser Massnahme allenfalls auf uns zukommen könnten.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, der Minderheit zu folgen und dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen.

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Hierzu habe ich noch nicht Stellung genommen. Namens der grossen Kommissionsmehrheit beantrage ich, im Bereich des Corona-Erwerbsersatzes das geltende Recht weiterzuführen. Damit waren wir durchaus gesetzgeberisch innovativ, Herr Kollege Hegglin: Der Corona-Erwerbsersatz war eine Schöpfung dieser Corona-Gesetzgebung und hatte eine durchaus positive Wirkung. Die Folgen vor allem für die Selbstständigen, aber auch für alle, die ihre Erwerbstätigkeit einschränken mussten, wären viel gravierender gewesen, wenn es diesen Corona-Erwerbsersatz nicht gäbe.

In dem Sinne ist die Differenz vor allem die, dass der Bundesrat vorschlägt, diese Leistungen nur bei vollständigen Unterbrechungen auszurichten, während die Kommission der Meinung ist, dass sie auch bei massgeblicher Einschränkung greifen sollten – genauso wie im bewährten geltenden Recht. Keine Differenz gibt es dahingehend, und das ist gegenüber der Argumentation des Minderheitssprechers zu unterstreichen, dass auch eine massgebliche Einschränkung durch Corona-Massnahmen herbeigeführt sein muss. Diese müssen die Ursache sein für die entsprechenden Einschränkungen, die stark sein müssen.

Die Verbände der Gastronomie – betroffen ist vor allem die Gastrobranche –, viele Verbände der Kultur, aber auch zum Beispiel der Verband der Fitness- und Gesundheitscenter bitten uns mit Nachdruck, beim geltenden Recht zu bleiben und diese Hilfen greifen zu lassen, sofern es zu massiven Einschränkungen kommt. Diese Hilfen sind existenziell für die Betroffenen, und zwar nicht nur bei vollen Unterbrechungen. In diesem Sinne geht es auch um eine Sicherheitsmassnahme, um eine Auffangmassnahme, die sich bewährt hat.

Die Kommissionsmehrheit ist deshalb der Meinung, dass hier das geltende Recht weitergeführt werden sollte.

Berset Alain, conseiller fédéral: La proposition du Conseil fédéral consiste à prolonger l'allocation pour perte de gain, dans certaines situations, jusqu'au 31 décembre 2022. Il s'agit des situations les plus difficiles, celles des personnes qui doivent interrompre leur activité lucrative en raison de la pandémie. Cela concerne en fait essentiellement des situations de quarantaine, cela concerne essentiellement la protection pour les personnes vulnérables qui ne peuvent pas être vaccinées. Cela pourrait éventuellement concerner – cela n'est pas prévu



mais on ne sait jamais – la fermeture d'un établissement ou l'interdiction d'une manifestation.

AB 2021 S 1155 / BO 2021 E 1155

Nous proposons de prolonger cette allocation jusqu'au 31 décembre 2022 pour ces cas de fermeture, où les gens ne peuvent pas travailler du tout – encore une fois, à cause d'une quarantaine ou pour la protection de personnes vulnérables qui ne peuvent pas être vaccinées. Par contre, nous proposons de ne pas prolonger les mesures actuelles de soutien pour les personnes qui sont fortement impactées de façon indirecte. Vous savez qu'aujourd'hui il faut pour cela une baisse du chiffre d'affaires de l'entreprise d'au moins 30 pour cent. On ne souhaite pas prolonger ces mesures qui sont peu ciblées. Elles touchent toutes les branches et ne sont pas ciblées sur une branche qui serait particulièrement impactée.

Certaines branches sont évidemment plus touchées que d'autres. Je vous ai parlé de la culture. Elle sera soutenue indépendamment de ces mesures, raison pour laquelle la non-prolongation de cette prestation n'a pas d'impact sur la branche de la culture, qui dispose d'autres aides. Le Conseil fédéral souhaite, dans le cadre de la stratégie de transition qui a été adoptée, en revenir aux instruments de politique économique ordinaire, abandonner progressivement les aides à caractère économique, d'autant plus qu'il est de plus en plus difficile, avec le temps qui passe, de savoir à quoi comparer cette perte de 30 pour cent du chiffre d'affaires. Au début de la crise, on arrivait à le faire assez bien, car on comparait avec l'année précédente, pour autant que l'entreprise ait déjà existé, mais une année ou deux ans plus tard, c'est quand même plus compliqué, raison pour laquelle nous souhaitons, dans le cadre de la stratégie de transition, en revenir aux instruments traditionnels, sauf pour les cas que j'ai mentionnés où les personnes sont contraintes de stopper leur activité.

C'est avec cette argumentation que je vous invite à suivre la minorité de votre commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 34 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 8 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1 – Al. 1**Ausgabenbremse – Frein aux dépenses****Abstimmung – Vote**

(namentlich – nominatif; 21.066/4773)

Für Annahme der Ausgabe ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 17b**Antrag der Kommission****Titel**

Voranmeldung und Dauer der Kurzarbeit

Abs. 1

In Abweichung von Artikel 36 Absatz 1 AVIG ist keine Voranmeldefrist für Kurzarbeit einzuhalten. Die Voranmeldung ist zu erneuern, wenn die Kurzarbeit länger als sechs Monate dauert. Ab dem 1. Juli 2022 darf Kurzarbeit mit einer Dauer von mehr als drei Monaten längstens bis zum 31. Dezember 2022 bewilligt werden.

Abs. 2, 3

Aufheben

Art. 17b**Proposition de la commission****Titre**

Préavis et durée de la réduction de l'horaire de travail

**Al. 1**

En dérogation à l'article 36 alinéa 1 LACI, aucun délai de préavis ne doit être observé pour la réduction de l'horaire de travail. Le préavis doit être renouvelé lorsque la réduction de l'horaire de travail dure plus de six mois. A partir du 1er juillet 2022, une réduction de l'horaire de travail pour une durée de plus de trois mois ne peut être autorisée que jusqu'au 31 décembre 2022 au plus tard.

Al. 2, 3

Abroger

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Es geht hier einfach um die grundsätzliche Verlängerung der Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Das bedeutet eine Verlängerung bis zum 31. Dezember 2022. Der Hauptentscheid zu diesem Themenbereich wird dann aber bei Ziffer II Absatz 2 Buchstabe m fallen, wo es auch einen Minderheitsantrag gibt. Bei diesem Punkt hier gibt es keine abweichenden Meinungen: Die Kommission ist einstimmig der Meinung, dass diese Massnahme bis zum 31. Dezember 2022 zu verlängern ist.

Berset Alain, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral ne souhaite pas cette modification. J'aimerais vous inviter ici à rejeter cette proposition.

A l'article 17b, votre commission a fait une proposition de modification avec une prolongation de la mesure jusqu'à fin 2022. C'est un article qui a été créé spécifiquement par le Parlement pour décharger les entreprises qui ont fermé en décembre 2020 ou dont l'activité a été fortement restreinte. Cette mesure a permis, partiellement, de décharger les organes d'exécution de l'assurance-chômage.

Il nous semble que cette mesure était justifiée en hiver 2020; il était alors justifié de modifier ces réglementations parce qu'il a fallu prendre rapidement des décisions qui ont fortement restreint l'activité économique. A ce moment-là, il est vrai que les entreprises n'ont pas eu beaucoup de temps ou de possibilités de bien s'y préparer, mais aujourd'hui nous avons une autre situation, avec un très net recul du nombre des entreprises en RHT, une situation qui s'est beaucoup améliorée depuis. Nous essayons, autant que faire se peut, et jusqu'à maintenant cela fonctionne, de ne plus avoir recours aux mêmes outils que l'année passée pour combattre la pandémie, parce que, encore une fois, la situation est très différente. Nous avons aujourd'hui des organes d'exécution qui peuvent à nouveau mieux assister les entreprises dans leurs demandes de RHT.

Ce sont les raisons pour lesquelles j'aimerais vous inviter, au nom du Conseil fédéral, à renoncer à modifier et à prolonger l'article 17b, et donc à rejeter la proposition de votre commission.

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Bundesrat wünscht eine Abstimmung. Er beantragt auch hier, beim geltenden Recht zu bleiben.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission ... 42 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 2 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 19 Abs. 2; 21 Abs. 11**Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 19 al. 2; 21 al. 11**Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté**Ziff. II****Antrag der Mehrheit****Abs. 1**

...

a. Artikel 12b Absätze 1–4 und 6–7;

...

Abs. 2

...





- k. Artikel 11a;
- l. Artikel 17 Absatz 1 Buchstaben d, e, f und g;
- m. Artikel 17b.

AB 2021 S 1156 / BO 2021 E 1156

Antrag der Minderheit

(Hegglin Peter, Bischof, Ettlin Erich)

Abs. 2 Bst. I

- l. Artikel 17 Absatz 1 Buchstaben e, f und g;

Antrag Minder

Abs. 2 Einleitung

Die Geltungsdauer folgender Artikel wird bis zum 31. Dezember 2022 verlängert:

Abs. 2 Bst. abis

abis. Artikel 2;

Ch. II

Proposition de la majorité

Al. 1

...

- a. article 12b alinéas 1–4 et 6–7;

...

Al. 2

...

- k. article 11a;
- l. article 17 alinéa 1 lettres d, e, f und g;
- m. article 17b.

Proposition de la minorité

(Hegglin Peter, Bischof, Ettlin Erich)

Al. 2 let. I

- l. article 17 alinéa 1 lettres e, f et g;

Proposition Minder

Al. 2 introduction

La durée de validité des articles suivants est prolongée jusqu'au 31 décembre 2022:

Al. 2 let. abis

abis. article 2;

Stark Jakob (V, TG): Sie haben vielleicht gesehen, dass ich einen Einzelantrag stellen werde bzw. gestellt habe, die Fristen am Schluss dann auf Ende Juni 2022 zu beschränken. Aber das wird am Schluss behandelt. Ich möchte einfach darauf hinweisen: Wenn auch ich hier zustimme, heisst das noch nicht, dass ich mit dieser Frist einverstanden bin. Das werden wir am Schluss gesamthaft diskutieren. Es war mir einfach wichtig, dass das noch kurz gesagt wurde.

Minder Thomas (V, SH): Mit meinem Einzelantrag bitte ich Sie, den Katalog der Artikel, die verlängert werden sollen, um einen zu ergänzen. Artikel 2, "Massnahmen im Bereich der politischen Rechte", ging vergessen. Wenn wir diesen nicht verlängern, so läuft er Ende Jahr aus. Dieser Artikel war schon vor einem Jahr nicht im ursprünglichen Entwurf des Bundesrates enthalten, sondern er wurde erst mittels Einzelantrag im Nationalrat nachträglich aufgenommen. Wir haben damals erkannt, dass aufgrund der Versammlungsverbote, der Schutzkonzepte, der Maskenpflicht, des Homeoffice und des Social Distancing Unterschriftensammlungen für Volksbegehren stark erschwert wurden.

Die Situation ist heute nicht viel besser, insbesondere im Hinblick auf die Wintermonate. Die neue Virusvariante und etwaige neue Verschärfungsmassnahmen drücken hier auf die Massnahmen. Überdies müssen auch bei Unterschriftensammlungen die einschlägigen Hygienemassnahmen eingehalten werden. Mit Maske und Social Distancing die politischen Anliegen den Passanten näherzubringen, ist zwar nicht unmöglich, erschwert aber



das Ansprechen von fremden Personen. Grossveranstaltungen wie z. B. Open-Airs finden gar nicht mehr statt und fallen als wichtige Sammelorte weg. Auch simple Partei- und andere Versammlungen werden derzeit regelmässig online durchgeführt. Sogar die vormals beliebten Sammelorte vor den Abstimmungslökalen sind aktuell versiegt, weil die Stimmberechtigten bekanntlich aufgerufen worden sind, brieflich abzustimmen.

Aus diesen Gründen soll Artikel 2 aufrechterhalten werden. Das Sammeln auf der Strasse wird damit zwar nicht erleichtert, doch die Referendums- und Initiativkomitees können immerhin administrativ unterstützt werden; dies, indem die Unterschriftsbögen nicht mehr zwingend während der Sammelfrist bei den über 2000 Gemeinden bescheinigt werden müssen, sondern auch direkt an die Bundeskanzlei übergeben werden können. Es wäre vonseiten der Politik ein schlechtes Zeichen, wenn wir ausgerechnet in diesem sensiblen Bereich der Volksrechte sagen würden, hier herrsche jetzt wieder Courant normal, während rundherum alles wackelt. Es ist ganz wichtig, dass die Ventilfunktion der Volksrechte auch in Krisenzeiten aufrechterhalten wird. Das "Covid-Überdruckventil" muss Dampf ablassen können. Dazu dient nun einmal die vereinfachte Referendumsmöglichkeit.

Es ist viel besser, wenn Referenden und Initiativen lanciert und unterzeichnet werden, als wenn Unzufriedene noch mehr in Richtung Demonstrationen oder sonstige fragwürdige Aktionen bis hin zu Gewaltandrohungen und einem Sich-Abschotten in Telegram-Kanälen abgleiten. Gerade in solch angespannten Zeiten ist die Bedeutung einer institutionellen Kanalisierung des Unmuts mittels direkt-demokratischer Instrumente nicht zu unterschätzen. Dies ist übrigens auch der Grund, weshalb wir im vergangenen Jahr gerade über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus und dann auch zweimal, das wissen Sie, über das Covid-19-Gesetz abgestimmt haben. Auch wenn die letzte Abstimmung keine Sternstunde der Demokratie war, haben nun immerhin die meisten Unterlegenen die Niederlage akzeptiert und die Treicheln verstaubt.

Aus diesen Überlegungen heraus bitte ich um Zustimmung.

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Es ist schwierig, sich hier zu äussern, weil es in der Kommission keinen Antrag dazu gab. Wir wissen einfach – und wir werden das vom Bundesrat hören, denn der Bundeskanzler hat darauf aufmerksam gemacht –, dass diese Massnahmen nicht mehr verlängert werden sollen. Das konnte man lesen. In der Kommission war es aber kein Thema, sodass ich Ihnen keine Empfehlung dazu abgeben kann.

Berset Alain, conseiller fédéral: Une attention particulière a été portée à juste titre aux droits politiques au début de la pandémie. Lorsqu'on prend un peu de recul, on n'a pas l'impression, aujourd'hui, que la situation des droits politiques pose un problème particulier. Les processus démocratiques directs sont intensément utilisés, et même très intensément utilisés: il suffit de se souvenir des votations de dimanche dernier qui ont montré une participation, et une mobilisation politique, supérieure à la moyenne; la participation de 65 pour cent était vraiment très élevée.

Le Conseil fédéral estime dans ces conditions que les mesures de soutien ne sont pas nécessaires, également en ce qui concerne les processus de participation. Nous estimons que la récolte de signatures n'est plus entravée, contrairement, et il faut le dire, à la situation qui prévalait au début de la pandémie. La Chancellerie fédérale a considérablement renforcé les informations disponibles au sujet des initiatives populaires et des référendums en cours, et force est de constater qu'on observe aujourd'hui une évolution très importante en la matière – c'est réjouissant et cela montre que les choses fonctionnent bien. Depuis le début de la pandémie, onze initiatives ont été lancées, six initiatives ont été déposées, toutes avec plus de 100 000 signatures déjà validées. Nous avons actuellement une quinzaine d'initiatives en phase d'examen préliminaire. Et puis, l'instrument du référendum a également été beaucoup utilisé ces derniers temps. Depuis le début de la pandémie, treize référendums, ont été déposés, ce qui est quand même assez important. Rien que pour l'année 2021, plus de 800 000 signatures, au total, en faveur de sept référendums ont été déposées à la Chancellerie fédérale, alors que pour ces sept référendums, 350 000 signatures auraient suffi. Donc, le nombre de signatures récoltées a été plus de deux fois supérieur à ce qui aurait été nécessaire.

Nous avons de la peine, dans ces conditions, à comprendre dans quelle mesure il pourrait y avoir un problème pour l'exercice des droits populaires. Il faut rappeler aussi que, avant la pandémie, il y avait assez régulièrement des projets d'initiative qui échouaient au stade de la récolte de signatures. Sur

AB 2021 S 1157 / BO 2021 E 1157

les dix dernières années qui ont précédé la pandémie, entre 35 et 40 pour cent des initiatives populaires annoncées ont échoué à ce stade.



Il ne nous semble donc pas nécessaire de prolonger cette disposition, si bien que je vous prie de rejeter la proposition de M. Minder.

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Zu Buchstabe I: Es gibt hier die Differenz bei den Massnahmen zur Arbeitslosenversicherung. Der Bundesrat wollte hier ja nicht verlängern. Die Kommission ist einstimmig der Meinung, dass die Massnahmen bei der Arbeitslosenversicherung auch in Zukunft nötig sind. Wenn die Mittel nicht beansprucht werden müssen, ist es natürlich umso besser. Die Kommission ist aber der Meinung, dass es diese Sicherheit auch in Zukunft braucht, damit die Unternehmen – und natürlich, davon abhängig, die Beschäftigten – durch diese Massnahmen bei der Arbeitslosenversicherung geschützt bleiben.

Es gibt in der Kommission eine Differenz. Diese bezieht sich auf einen einzigen Buchstaben, auf Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe d, wo es um das vereinfachte Abrechnungsverfahren in der Arbeitslosenversicherung geht. Hier ist die Minderheit Hegglin Peter der Meinung, dass dieses vereinfachte Abrechnungsverfahren in Zukunft nicht mehr greifen soll. Kollege Hegglin wird die Begründung darlegen; gegebenenfalls werde ich nachher noch einmal etwas sagen. Das zur Ausgangslage.

Der Bundesrat will hier nichts; die Kommission ist einstimmig der Meinung, dass es eine grundsätzliche Verlängerung der Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung geben sollte. Eine Differenz zwischen Mehrheit und Minderheit gibt es bezüglich des vereinfachten Abrechnungsverfahrens. Diese wird Kollege Hegglin als Minderheitssprecher begründen.

Hegglin Peter (M-E, ZG): Erlauben Sie mir einleitend gerade noch ein paar Worte zu meinem Einzelantrag zu Artikel 90a Absatz 3 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, den ich eingereicht habe. Ich habe den Einzelantrag deshalb eingereicht, weil wir an dieser Stelle Massnahmen beschliessen, die die Arbeitslosenversicherung zu bezahlen hat. Wir beschliessen also Massnahmen, die wir nicht selber finanzieren. Von daher finde ich es angebracht, dass wir die Bestimmungen, die wir bereits hatten, weiterführen. Diese Bestimmungen besagen, dass die Beträge durch die Bundeskasse zu finanzieren sind, wenn der Schuldenstand des Ausgleichsfonds zu hoch wird. Das heisst, wenn wir jetzt Massnahmen beschliessen, finanzieren wir diese der Arbeitslosenversicherung und tragen damit dazu bei, dass sie nicht überschuldet wird und nicht entsprechende Sanierungsmassnahmen einleiten muss. Ich denke, das wäre fair, das ist richtig und eine Weiterführung einer bisherigen Massnahme.

Dass mein Einzelantrag so spät kommt, ist darin begründet, dass die Vorlage relativ schnell erarbeitet werden musste, dass der Antrag der Mehrheit, die Kurzarbeitsentschädigungen zu verlängern, auch nicht im bündesrätlichen Entwurf enthalten war und deshalb in der Kommissionsberatung nicht auf diesen Sachverhalt hingewiesen worden ist. Wir haben darüber überhaupt keine Debatte geführt.

Ich empfehle Ihnen, dem Einzelantrag zuzustimmen und die Finanzierung halt mit staatlichen Beiträgen mitzutragen.

Damit komme ich zur Begründung meines Minderheitsantrages zu den Massnahmen betreffend Kurzarbeit.

Ich denke, man sollte hier auf letztes Jahr zurückblicken. Wir hatten damals 26 Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit. Das ist eine immense Zahl. Das sind immens viele Meldungen, die betroffene Unternehmungen vorgenommen haben, und das sind alles Anmeldungen, die die Verwaltungsstellen zu prüfen hatten. Aus diesen Überlegungen heraus war es richtig, bei der Anmeldung für die Kurzarbeit Ausnahmebestimmungen festzulegen.

Heute haben wir eine andere Situation. Wir haben ein robustes Wirtschaftswachstum, und wir haben aktuell nur 1,2 Prozent der Personen in Kurzarbeit. Das würde eigentlich auch bedingen, dass wir von diesen ausserordentlichen Massnahmen, die wir beschlossen haben, Abstand nehmen könnten und diese quasi in die normalen Bestimmungen bezüglich Kurzarbeit zurückführen könnten.

Wir haben in der Kommission intensiv darüber diskutiert. Ich habe nirgends notiert, dass eine Abstimmung einstimmig war; es gab eigentlich bei allen Punkten eine Minderheit von 3 gegen 7 Stimmen. Ich habe dann einzig bei einer Position einen Minderheitsantrag eingereicht, weil ich damals gedacht habe, das andere sei hier wahrscheinlich nicht mehrheitsfähig. Wenigstens bei einem Punkt wollte ich aber doch eine Veränderung herbeiführen, und zwar beim summarischen Verfahren für die Anmeldung.

Es wird immer wieder gesagt, dieses summarische Verfahren sei notwendig, weil betroffene Unternehmen nicht entsprechend qualifiziert seien, um sich nach dem normalen Verfahren anzumelden. Jetzt sind aber doch zwei Jahre vergangen. Es gab genug Zeit, um sich hier kundig zu machen, damit man sich nun so anmelden kann, wie es in der Vergangenheit – also vor Corona – immer möglich war. Denn das summarische Verfahren beinhaltet eigentlich nur Angaben des Unternehmens bezüglich Lohnsumme und bezüglich Mitarbeitender – das ist alles. Sie müssen nicht die entsprechenden Mitarbeitenden melden, und sie müssen auch nicht die



Lohnhöhe melden. Das heisst dann für den Vollzug: Es ist gar nicht überprüfbar. Es ist fast nicht überprüfbar, ob die betreffenden Unternehmen sich korrekt gemeldet und auch korrekt abgerechnet haben.

Ich verstehe nicht, weshalb Firmen nach wie vor darauf pochen, sich im summarischen Verfahren anmelden zu können. Ich gehe davon aus, dass alle Firmen eine individuelle Lohnabrechnung und eine individuelle Erfassung der Arbeitszeiten haben und diese Informationen auch entsprechend melden könnten, damit die Vollzugsbehörden die Angaben prüfen. Ich kann es überhaupt nicht verstehen, wenn dieses Ansinnen gerade aus der Luftfahrtbranche kommt, denn eben dort muss doch aus Sicherheitsaspekten ganz klar festgehalten sein, wer wo wie lange gearbeitet hat. Auch aufseiten der Verwaltung sollte es bei einem Meldestand von 1,2 Prozent doch möglich sein, die Meldungen zu prüfen und bei Bedarf die entsprechenden Auszahlungen vorzunehmen.

Aus diesen Überlegungen empfehle ich Ihnen, bei Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe d dem Bundesrat zu folgen und dort dieses summarische Verfahren nicht weiterführen zu lassen. Im Übrigen sind es ja Kann-Bestimmungen. Ich erwarte natürlich vom Bundesrat, dass er die verlängerten Massnahmen nach Überprüfung der Angemessenheit, wenn nötig, zur Anwendung bringt.

Ich danke Ihnen, wenn Sie der Minderheit folgen.

Dittli Josef (RL, UR): Gerade die letzten Tage haben gezeigt, wie rasch und unberechenbar sich die Situation entwickeln kann. Plötzlich werden beispielsweise wieder kurzfristig Einreiserestriktionen verfügt – ein Kapitel, das wir schon längst geschlossen zu haben glaubten. Das Unklügste wäre es in dieser unüberblickbaren Situation, die Spielregeln in Bezug auf die Kurzarbeitsentschädigung für die betroffenen Unternehmen zu ändern. Wir wissen schlicht nicht, wohin die Reise geht.

Es gibt unbestritten Betriebe, die auch noch im Jahre 2022 Covid-19-bedingt auf Kurzarbeitsentschädigungen angewiesen sein werden und die es seit Beginn der Krise sind. Das summarische Verfahren hat es betroffenen Betrieben wie auch den zuständigen Amtsstellen bislang erlaubt, die administrativen Aufwendungen in Krisenzeiten so tief wie möglich zu halten. Wird Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe d nicht verlängert, so, wie es die Minderheit will, werden Unternehmen, sofern sie nach wie vor zum Bezug der Kurzarbeitsentschädigung berechtigt sind, neu das ordentliche Abrechnungsverfahren gemäss AVIG einhalten müssen. Diese Umstellung generiert sowohl für die Unternehmen wie auch für die kantonalen Arbeitslosenkassen einen teuren und unverhältnismässigen Systemwechsel mit entsprechend grossem Mehraufwand. Davon profitiert niemand.

Das Missbrauchspotenzial der Verlängerung des Verfahrens ist angesichts der erfreulicherweise stark gesunkenen Zahl pandemiebetroffener Unternehmen im Gesamtrahmen als gering einzuschätzen. Diese Verlängerung kostet den Bund

AB 2021 S 1158 / BO 2021 E 1158

nichts, kostet die Kantone nichts, doch Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Amtsstellen werden dadurch entlastet. Unter der Berücksichtigung der schwierigen Covid-19-Situation spricht meines Erachtens nichts Namhaftes gegen eine Verlängerung.

Es sind nicht zuletzt auch viele Arbeitgeber und deren Verbände für die Weiterführung dieser Massnahme, namentlich beispielsweise der Schweizer Tourismus-Verband mit seinen vielen Subverbänden, von Gastro-suisse über Hotelleriesuisse bis hin zu Seilbahnen Schweiz und Zoo Schweiz. Es sind also verschiedenste Organisationen aus Tourismus und Wirtschaft der Auffassung, dass wir diese Bestimmung so weiterführen können.

Ich unterstütze deshalb die Beibehaltung von Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe d, um eine unnötige administrative Spitzkehr aus der Krise zu verhindern. Es ist richtig, dem Bundesrat die Kompetenz zu geben, das summarische Verfahren für auf Kurzarbeitsentschädigung angewiesene Unternehmen weiterhin anzuwenden. Inwiefern und wie lange der Bundesrat diesen Handlungsspielraum nützt – es ist eine Kann-Formulierung –, ist ihm letztendlich selber überlassen. Wichtig scheint mir, dass hier die ersten Monate des kommenden Jahres noch eine Rolle spielen könnten.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit zu folgen.

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Ich kann es angesichts der Ausführungen von Kollege Dittli sehr kurz machen. Die Mehrheit der Kommission ist sicher der Meinung, dass mit dieser Bestimmung nicht dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet, sondern eine administrative Vereinfachung vorgenommen werden soll, wie es ja auch bekannt und notorisch ist. Es gab einzelne schwarze Schafe, welche die Covid-Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung missbraucht haben. Aber das wird bekämpft, notfalls auch mit den Mitteln des Strafrechts. Das ist notwendig. Das ändert aber nichts daran, dass die Massnahmen insgesamt



vieles zur Bekämpfung der Krise gebracht haben und dass sie, sofern es nötig ist, eben auch in Zukunft sinnvoll sein werden. Wir sind alle glücklich, wenn es nicht notwendig wird. Dann kostet es am Schluss auch nichts. Aber wir haben dann die nötigen Vorsichtsmassnahmen getroffen, auch hier, bei der Arbeitslosenversicherung.

Berset Alain, conseiller fédéral: Concernant la prolongation de cette mesure, en réalité, le Conseil fédéral ne souhaite pas disposer de cette compétence. Je sais bien que ce n'est qu'une formulation potestative, mais nous souhaitons renoncer à tout ce qui n'est pas absolument nécessaire de notre point de vue. Je crois que c'est aussi l'équilibre à garantir entre la loi, les compétences du Conseil fédéral et la volonté du Parlement.

En fait, nous ne souhaitons pas disposer de cette compétence à l'avenir parce que nous voudrions revenir à une situation normale. Nous ne sommes plus dans une situation qui justifierait une telle compétence. Regardons la réduction de l'horaire de travail: nous voyons qu'on est passé de 1,3 million de personnes en avril 2020 à 254 000 en octobre 2020, que c'est remonté en janvier-février 2021. Au mois d'août 2021, le chiffre était d'environ 60 000 personnes, donc environ vingt fois moins qu'en avril 2020. Il nous semble effectivement que l'application ordinaire de la loi sur l'assurance-chômage suffit. Elle donne aux entreprises la possibilité d'introduire la réduction de l'horaire de travail en cas de perte économique due à la pandémie. Nous avons donc une situation qui devrait revenir à la normale sans qu'il faille donner au Conseil fédéral la compétence de déroger à la loi fédérale de 1982 sur l'assurance-chômage obligatoire et l'indemnité en cas d'insolvabilité.

Je vous invite à suivre le Conseil fédéral, ce qui revient à rejeter aussi bien la proposition de la majorité de la commission que celle de la minorité de la commission.

Abs. 1 Bst a – Al. 1 let. a

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.066/4775)

Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Abs. 2 Einleitung, Bst. abis – Al. 2 introduction, let. abis

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Minder ... 40 Stimmen

Dagegen ... 4 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 2 Bst. b – Al. 2 let. b

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.066/4777)

Für Annahme der Ausgabe ... 45 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise



Abs. 2 Bst. d – Al. 2 let. d
Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 21.066/4778)
Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise

Abs. 2 Bst. e – Al. 2 let. e
Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 21.066/4779)
Für Annahme der Ausgabe ... 45 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise

Abs. 2 Bst. j – Al. 2 let. j
Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit
Adopté selon la proposition de la majorité

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 21.066/4780)
Für Annahme der Ausgabe ... 44 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

AB 2021 S 1159 / BO 2021 E 1159

Das qualifizierte Mehr ist erreicht
La majorité qualifiée est acquise

Abs. 2 Bst. l – Al. 2 let. l

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Der Bundesrat hält an seiner Position fest.

Erste Abstimmung – Premier vote
Für den Antrag der Mehrheit ... 27 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 15 Stimmen
(0 Enthaltungen)



Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 33 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 10 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Ziff. III

Antrag der Kommission

Ziff. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Hegglin Peter

Ziff. 3 Titel

3. Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982

Ziff. 3 Art. 90a Abs. 3

Der Bund leistet in den Jahren 2020, 2021 und 2022 jeweils einen ausserordentlichen Beitrag an den Ausgleichsfonds. Die Gesamtsummen der ausserordentlichen Beiträge für die Jahre 2020, 2021 und 2022 bemessen sich nach den Aufwendungen für die Kurzarbeitsentschädigung für die Abrechnungsperioden des jeweiligen Jahres.

Ch. III

Proposition de la commission

Ch. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Hegglin Peter

Ch. 3 titre

3. Loi fédérale sur l'assurance-chômage du 25 juin 1982

Ch. 3 art. 90a al. 3

La Confédération verse une participation extraordinaire au fonds de compensation en 2020, 2021 et 2022. La somme totale des participations extraordinaires versées en 2020, 2021 et 2022 est calculée sur la base des dépenses engagées pour l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail pendant les périodes de décompte de chacune de ces années.

Hegglin Peter (M-E, ZG): Ich möchte auf die Wichtigkeit dieses Antrages hinweisen. Sie haben vorhin mit der Verlängerung der Massnahmen betreffend Kurzarbeit mögliche Ausgaben beschlossen, welche die Arbeitslosenversicherung zu tätigen hat. Ich finde es adäquat und richtig, dass wir die bisherigen Massnahmen weiterführen. Wir haben schon für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen, dass wir die Aufwendungen für die Corona-bedingten Kurzarbeitsentschädigungen mit einem ausserordentlichen Beitrag in den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung finanzieren. Es wäre richtig und statthaft, diese Massnahme für das Jahr 2022 zu verlängern. Wir verlängern einfach diese Massnahme vom Jahr 2021 für das Jahr 2022.

Ich bitte Sie, diesem Antrag stattzugeben. Sie verhindern damit, dass die Arbeitslosenversicherung Corona-bedingt in eine Überschuldung gerät.

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Dieser Antrag lag uns in der Kommission nicht vor. Somit kann ich mich auch nicht im Namen der Kommission äussern. Ich persönlich kann mir aber jetzt sehr gut vorstellen, dass die Kommission diesem Antrag zugestimmt hätte, wenn er vorgelegen hätte. Er liegt nämlich in der Logik der bisherigen Beschlüsse, die wir im Zusammenhang mit den Covid-19-Sondermassnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung gefasst haben. Wir haben es immer so gemacht. Leider hat bis jetzt niemand daran gedacht. Kollege Hegglin mit seinem finanzpolitischen Sachverstand – er ist ja auch Kommissionsmitglied – verbessert die Vorlage jetzt mit einem Einzelantrag. In dem Sinne müsste ich persönlich, in meinem eigenen Namen, sagen, dass ich dem, was er gesagt hat, eigentlich nur zustimmen kann.

Berset Alain, Bundesrat: Es ist nur logisch, so vorzugehen. Herr Hegglin hat völlig recht: Ab dem Moment, wo das Parlament – über das hinaus, was der Bundesrat wollte – eine solche Verlängerung bis 2022 beschliesst,



muss im Sinne der Stabilität der Arbeitslosenversicherung auch irgendwie eine Finanzierung vorgesehen werden. Wir sprechen von ziemlich hohen Summen, die möglicherweise für 2022 anfallen. Daher ist es völlig im Sinne der Stabilität der ganzen Übung, diesem Einzelantrag zuzustimmen.

Ziff. 1, 2 – Ch. 1, 2

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

Ziff. 3 – Ch. 3

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Hegglin Peter ... 39 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(3 Enthaltungen)

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 21.066/4784)

Für Annahme der Ausgabe ... 43 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Ziff. IV

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 4–6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Es tritt unter Vorbehalt von Absatz 3 am ... (am Tag nach seiner Verabschiedung durch das Parlament) in Kraft

...

Abs. 3

Artikel 15 Absatz 5 (Ziff. I) ...

Antrag der Minderheit

(Hegglin Peter, Dittli)

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Stark

Abs. 2

Es tritt unter Vorbehalt von Absatz 3 ... (am Tag nach seiner Verabschiedung durch das Parlament) in Kraft und gilt unter Vorbehalt der Absätze 4–6 bis zum 30. Juni 2022

Ch. IV

Proposition de la majorité

Al. 1, 4–6

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Elle entre en vigueur le ... (jour suivant la date de l'adoption par le Parlement), sous réserve ...

Al. 3

L'article 15 alinéa 5 (ch. I) ...



Proposition de la minorité

(Hegglin Peter, Dittli)

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Stark

Al. 2

Elle entre en vigueur le ... (jour suivant la date de l'adoption par le Parlement), sous réserve de l'alinéa 3, et a effet jusqu'au 30 juin 2022, sous réserve des alinéas 4 à 6.

Stark Jakob (V, TG): Der Volksentscheid am Wochenende war deutlich. Es ist nur folgerichtig, dass wir diese Gesetzgebung fortführen. Als ich heute Vormittag die Debatte verfolgte, hatte ich den Eindruck, dass es mehr oder weniger um Details ging. Wir sind uns einig. Die Hauptfrage müssen wir uns jetzt aber schon noch stellen: Wie lange soll das Covid-19-Gesetz gültig bleiben?

Es ist Dringlichkeitsrecht, es ist Sondergesetzgebung. Wir müssen uns überlegen, wie lange wir die Gültigkeit jetzt schon verlängern. Wie viel ist wirklich nötig? Reicht ein halbes Jahr? Brauchen wir wirklich ein ganzes Jahr? Ist das Vorsichtsprinzip eingehalten?

Die Entwicklung sieht zurzeit nicht so gut aus. Wir können aber davon ausgehen, dass die Covid-19-Wellen kleiner werden und dass Medikamente gegen Covid-19 entwickelt werden. Wir sollten uns vielleicht auch damit abfinden, dass bei grösseren Anlässen die Eigenverantwortung in Zukunft halt irgendwann wieder mehr spielt und dass ein gewisses Risiko getragen werden muss. Es wäre vertretbar, wenn wir den ganzen Schutzschirm und die ganzen Massnahmen bis Juni 2022 verbindlich festlegen würden. Wir alle wissen, dass wir in der Sommersession, wenn es nötig wäre, dieses Gesetz wieder verlängern könnten, dies aber wieder massgeschneidert nach der Situation, die dann bestehen wird.

Ich frage Sie auch, welches Signal wir der Bevölkerung aussenden wollen. Wollen wir der Bevölkerung wirklich sagen, dass das Parlament und der Bundesrat damit rechnen, dass das jetzt immer so weitergeht? Oder wollen wir vermitteln, dass wir eine Perspektive haben, dass wir an diese Perspektive glauben und trotzdem die Vorsicht walten lassen?

Ein Nebenaspekt: Ich möchte dem Bundesrat auch das Signal geben, dass er die Gesetzgebungstätigkeit im Rahmen der ordentlichen Gesetzgebung aufnehmen solle. Auch wenn uns diese Covid-Krise in kleinen Wellen vielleicht noch länger beschäftigt, müssen wir jetzt beginnen, die ordentliche Gesetzgebung anzupassen. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass wir Sonderrecht, Dringlichkeitsrecht einfach so lange verlängern. Denken Sie auch an die finanziellen Folgen. Wenn wir jetzt schon alles bis Ende 2022 verlängern, gibt das finanzielle Auswirkungen, über die wir dann vielleicht in einem Jahr sagen: Das wäre eigentlich nicht nötig gewesen.

Dieses Gesetz ist gut so, es ist auch in der Bevölkerung verankert. Es geht jetzt um die Frage, wie lange es in Kraft bleiben soll. Unter Berücksichtigung aller Aspekte ist es verhältnismässig und zielführender, die Frist auf Juni 2022 zu begrenzen, sodass wir das Vorsichtsprinzip auch in diesem Fall vollumfänglich einhalten.

Ich bitte Sie deshalb, dem Einzelantrag zuzustimmen. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass ein analoger Antrag schon bei der Mitberichtsdiskussion in der WBK diskutiert und abgelehnt wurde, aber nicht mit grosser Mehrheit, und dass er offenbar auch in der SGK diskutiert wurde. Es wäre ganz wichtig, und ich wünsche es mir, dass auch hier eine Diskussion stattfinden würde, denn diesen Punkt dürfen wir auch aus staatspolitischer Sicht nicht unterschätzen.

Rechsteiner Paul (S, SG), für die Kommission: Die Positionen zu diesem Punkt sind grundsätzlich nicht neu. Wir stimmen hier nicht über die Dauer der Pandemie ab, sondern über die Massnahmen für den Fall, dass es wirtschafts- und sozialpolitische Hilfen braucht. Das ist der Gegenstand des Gesetzes.

Wenn man jetzt, rein hypothetisch, dem Antrag von Kollege Stark folgen würde, ebenso wie einer entsprechenden Minderheit der nationalrätlichen Kommission, einer Minderheit Aeschi Thomas, würde das heissen, dass man die Massnahmen für drei Monate einführen würde. Bis Ende März 2022 dauern sie; April, Mai, Juni kämen dann dazu. Zumindest aus Sicht der Kommission wäre es schon etwas schildbürgerhaft, eine solche Gesetzgebung für eine Dauer von drei Monaten zu verabschieden. Wir wissen nicht, wie lange die Krise dauert. Wir hoffen ja, und hier verweise ich noch einmal auf das Eintreten, dass es sich um die letzte Verlängerung der Massnahmen handelt.

Niemand kann aber die Zukunft voraussehen. Das ist auch das Prinzip Hoffnung. Die vier Verlängerungen, die bisher notwendig waren, haben ja auch nicht von Beginn der Pandemie weg einem Wunsch entsprochen.



Entsprechend meine ich, dass es Sinn dieses Gesetzes war und ist – so, wie es uns der Bundesrat vorgelegt hat, bzw. so, wie es uns nun die Kommission vorlegt –, die Massnahmen für das ganze Jahr 2022 zu treffen. So verabschieden wir auch ein Budget für das ganze Kalenderjahr 2022, nicht eines für ein halbes, sondern eines für ein ganzes Jahr. Ich nenne es das "Vorsichtsprinzip", d. h., dass wir diese Massnahme bis Ende 2022 vorsehen sollten, in der Hoffnung, dass dann eine weitere Verlängerung nicht mehr nötig sein wird. In diesem Sinne bitte ich Sie, der Kommission und dem Bundesrat zu folgen und beim Termin Ende 2022 zu bleiben.

Stöckli Hans (S, BE): Drei kurze Bemerkungen:

1. Wir sind nicht mehr im Notrechtsmodus, sondern im ordentlichen Rechtsetzungsverfahren. Die erste Etappe haben wir überwunden. Mit der Entscheidung des Volks vom letzten Wochenende sind wir in einer sehr komfortablen Ausgangslage.

2. Die Dringlichkeitsklausel in Artikel 165 der Bundesverfassung sagt tatsächlich, dass ein Gesetz, dessen Inkrafttreten keinen Aufschub duldet, sofort in Kraft gesetzt werden kann. Es muss befristet werden. Aber, und das ist entscheidend, die Gesetzgebung verlangt keine Definition der Frist, es gibt also keine Jahres- oder Zweijahresfrist. Sondern der Gesetzgeber, der Verfassungsgeber hat dem Parlament in diesem Fall einen grossen Ermessensspielraum gegeben und dementsprechend auch die Verhältnismässigkeit als Ziel genommen.

3. Es ist richtig, dass im Rahmen der Vernehmlassung viele Kantone, auch der meine, der Ansicht waren, man solle mit der Frist nicht über die Mitte des nächsten Jahres hinausgehen. Diese Position hat sich aber drastisch verändert. Wir haben im Eilverfahren Mitteilungen bekommen, in denen sie uns empfehlen, die Frist, wie sie der Bundesrat und wir in der Mehrheit sehen, bis Ende nächsten Jahres zu verlängern, weil die Ungewissheit in der gesellschaftlichen und gesundheitlichen Entwicklung derart gross ist. So müssen wir, wie Kollege Rechsteiner angetönt hat, nicht im Verlaufe des nächsten Frühjahrs den Gesetzgebungsprozess allenfalls nochmals unnötigerweise in Gang setzen.

Ich glaube, die Lösung mit Frist bis Ende nächsten Jahres ist eine verhältnismässige, verfassungsmässige und auch kluge Lösung.

Juillard Charles (M-E, JU): Je l'avais déjà dit dans le débat d'entrée en matière, je crois qu'il faut être clair: le Parlement a repris ses droits, le peuple aussi. Il y a eu deux référendums. Le peuple a pu s'exprimer sur les dispositions légales, ce qui veut dire que nous sommes sortis du droit d'urgence, du droit d'exception. Nous sommes revenus à un rythme tout à fait normal. Le peuple a non seulement repris ses droits, mais il a renouvelé sa confiance au Conseil fédéral – pas seulement au Conseil fédéral, mais au Parlement, qui a fait la loi. Il l'a clairement renouvelée le 28 novembre dernier. Dans cette loi, le Parlement a agi avec précaution et anticipation. On ne va quand même pas nous reprocher cela: pour une fois que nous essayons d'anticiper les choses dans des situations difficiles; il faut plutôt le saluer, autant du côté du Conseil fédéral que du Parlement. Qu'est-ce qu'a prévu le Parlement dans cette loi? Il a prévu que le Conseil fédéral peut agir si la situation l'exige, mais que le Conseil fédéral doit agir si la situation le permet. Cela signifie qu'il y a deux cas de figures. Si l'on donne ici la possibilité au Conseil fédéral de prendre des mesures dont on a

AB 2021 S 1161 / BO 2021 E 1161

vu tout le catalogue jusqu'au 31 décembre 2022, c'est parce qu'on ne sait pas jusqu'à quand la pandémie nous contraindra à prendre des décisions parfois dans l'urgence, sans devoir toujours passer devant le Parlement. Nous sommes limités à une année, ce n'est pas indéfiniment que nous irons dans cette direction. Et puis, le Conseil fédéral ne fait pas son appréciation seul. Nous avons voulu qu'il la fasse de manière plus étroite avec les cantons. Je crois que là aussi, si les cantons disent au Conseil fédéral "maintenant cela suffit, il faut interrompre telle ou telle mesure", eh bien, ces mesures s'interrompent avant le 31 décembre. Il faut être clair et faire confiance au Conseil fédéral et aux cantons dans l'appréciation et la gestion de la crise.

Un délai au 31 décembre 2022 pour presque toutes les mesures donne une perspective aux entreprises, aux associations, à toutes celles et à tous ceux qui souhaitent essayer de traverser cette crise dans les meilleures conditions, essayer de continuer de travailler, essayer de continuer de faire vivre les associations culturelles et sportives. Cela leur donne la perspective que les autorités seront là pour les aider au moins jusqu'au 31 décembre 2022 si tout à coup il se passe quelque chose. Sinon, qui s'engagera encore aujourd'hui? Quel entrepreneur un peu sage prendra des engagements ne sachant pas jusqu'à quand son entreprise pourra tenir?

Ici, nous allons au moins jusqu'au 31 décembre 2022. Si nécessaire, nous prolongerons la durée de validité des mesures, ce que je ne souhaite pas, mais cela, ce n'est pas nous qui pouvons le décider, c'est la situation



qui le décidera.

Donc, je vous encourage vraiment à rejeter la proposition Stark.

Berset Alain, conseiller fédéral: Il y a une divergence, vous l'avez constaté, entre le Conseil fédéral et le Conseil des Etats au sujet des mesures qu'il faudrait prolonger. Nous ne sommes pas d'accord au sujet de celles qu'il faudrait prolonger ou non. Cette divergence fait partie du jeu institutionnel. A la fin, dans une question comme celle-là, c'est évidemment le Parlement qui a toujours raison.

Là où, par contre, il n'y a pas de divergence entre le Conseil fédéral et la majorité de votre conseil, c'est que si la durée de validité est prolongée, il faut que cela corresponde à une année civile. Cela reste relativement limité. Je ne sais pas si vous vous souvenez avoir déjà adopté souvent des lois dont la validité est de douze mois. C'est donc très limité. Cela montre aussi qu'on essaye en respectant nos rythmes, les rythmes calendaires, le rythme budgétaire, de fixer des choses avec une certaine prévisibilité, mais sans aller trop loin.

Je crois que le Conseil fédéral a aussi apporté la démonstration – j'espère que vous le voyez aussi ainsi – qu'il essaye d'user des compétences que vous lui donnez avec une très grande parcimonie. Je viens par exemple, au nom du Conseil fédéral, de m'opposer à ce qu'une compétence soit confiée au Conseil fédéral. Il souhaite en fait avoir aussi peu de pouvoir que nécessaire pour gérer la situation. C'est cela qu'il souhaite.

De ce point de vue, les choses ont beaucoup évolué depuis le début de la crise. A l'époque, le Conseil fédéral avait dû réagir en employant des outils qui, soit dit en passant, existent, heureusement, des outils donc qui permettent de réagir en cas de risque ou de danger imminent inconnu. C'est ce que le Conseil fédéral a fait au début de 2020, mais il est revenu très rapidement ensuite à un processus, je dirai, quasiment normal. Nous sommes encore sous le régime de lois décrétées urgentes par le Parlement, mais les institutions sont pleinement associées, vous l'avez rappelé dans votre débat. Je n'ai pas non plus en tête d'autres exemples de loi soumise deux fois au peuple en six mois et acceptée deux fois à une large majorité par le peuple, qui a soutenu le travail que le Parlement a effectué dans ce projet.

Il me semble que si nous voulons instaurer cette stabilité, cette prévisibilité, sans confier de manière arbitraire au Conseil fédéral des pouvoirs dont il ne souhaite pas disposer, et que vous ne souhaitez pas non plus lui confier, la prolongation d'année civile en année civile paraît concevable, malgré la divergence que nous avons au sujet des mesures qu'il faudrait prolonger ou non. Mais cela, c'est une autre affaire.

Je vous invite à en rester à la logique de l'année civile proposée par le Conseil fédéral – c'est celle que le Conseil fédéral a fixée pour les instruments qu'il souhaite voir prolonger – et donc à rejeter la proposition Stark.

Abs. 2 – Al. 2

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 28 Stimmen

Für den Antrag Stark ... 10 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Abs. 3 – Al. 3

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 21.066/4786)

Für Annahme des Entwurfes ... 34 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(6 Enthaltungen)

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Die Kommission hat im Rahmen ihrer Beratung auch von den beiden Petitionen Heinzelmann Regula 21.2007, "Corona-Massnahmen und Impfpass", und Mattmann-Allamand Peter



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2021 • Dritte Sitzung • 01.12.21 • 08h15 • 21.066
Conseil des Etats • Session d'hiver 2021 • Troisième séance • 01.12.21 • 08h15 • 21.066



21.2020, "Für einen Strategiewechsel beim Corona-Gesundheitsschutz", Kenntnis genommen und sie gemäss Artikel 126 Absatz 2 des Parlamentsgesetzes behandelt.

